

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1992

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

7. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

- 61 Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen sind zwischen Bund und Ländern in Methode und Annahmen abgestimmt. Die Ergebnisse der 7. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung werden hiermit vorgelegt.

Baugenehmigungen 1991

- 66 Die Planungen im Wohnungsbau werden erläutert. Auch wird die wohnungsbaupolitische Gesamtkonzeption der Förderung dargestellt.

Einrichtung und Personal in der Jugendhilfe am Jahresanfang 1991

- 69 Es wird über die Anzahl der verfügbaren Plätze, die Art der Einrichtung, die Trägergruppen und das Personal in den Einrichtungen der Jugendhilfe berichtet.

Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben

- 75 Die langfristige Entwicklung und die derzeitige Struktur des Arbeitskräftebestandes in der Landwirtschaft werden untersucht.

Die Einbindung des Arbeitsplatz-Computers in den Datenverarbeitungsprozeß

- 78 Die heute zur Verfügung stehende Datenverarbeitungstechnik ermöglicht die Konzeption individueller und bedarfsgerechter Automationslösungen. Pauschale Lösungsempfehlungen gibt es nicht, dennoch lassen sich einige globale Anhaltspunkte zur technologischen Ausgestaltung zeitgemäßer Datenverarbeitungsverfahren angeben.

Anhang

- 25* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
31* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Bestellkarte

Ich / wir bestelle(n)

_____ Exemplar(e) des Buches

Rheinland-Pfalz – seine kreis- freien Städte und Landkreise

zum Preis von 54,- DM

Subskriptionspreis bis 1. Juni 1992
(Datum des Poststempels) 45,- DM
zuzüglich Porto

Name / Dienststelle / Firma:

() _____

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Datum

Unterschrift

60 Pf.

Porto

POSTKARTE

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems

Neuerscheinung

Rheinland-Pfalz – seine kreisfreien Städte und Landkreise

herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1992, 669 Seiten, broschiert, 54,- DM, Subskriptionspreis 45,- DM.

Die Veröffentlichung enthält umfangreiche und ins Detail gehende Daten über die Bevölkerung, die politischen, kulturellen und sozialen Verhältnisse sowie über die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen des Landes. Einer Beschreibung der Struktur des Landes Rheinland-Pfalz folgen Kreisbeschreibungen für alle Verwaltungsbezirke aus der Sicht der Statistik mit instruktiven Regionaldaten. Eine maßgebliche Grundlage bilden die Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählungen aus dem Jahre 1987. Landeskundliche Angaben zu den kreisfreien Städten und Landkreisen machen die historischen und geographischen Zusammenhänge deutlich.

Ein umfangreicher Tabellenteil mit Kreisergebnissen rundet das Werk ab. Dem Band beigegeben ist ein aktuelles Personenverzeichnis der Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister sowie eine Übersichtskarte des Landes Rheinland-Pfalz.

Bestellungen zum **Subskriptionspreis von 45,- DM** nimmt das Statistische Landesamt **bis zum 1. Juni 1992** – Datum des Poststempels – entgegen.

Bestellungen sind auch möglich über Telefax (0 26 03) 71 315 oder

Btx ✱ 47 077 #

7. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen sind zwischen Bund und Ländern abgestimmte Prognosen. Dabei wird zum einen für alle Länder dasselbe Modell herangezogen, zum anderen sind die zugrunde gelegten Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Wanderungen, aufeinander abgestimmt. Die Ergebnisse der 7. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung liegen jetzt vor. Dabei konnten nur die alten Bundesländer berücksichtigt werden, da für das Beitrittsgebiet noch keine hinreichende Datengrundlage vorhanden ist.

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung weist Zuwachsraten bis zum Jahr 1993 mit anschließenden, Jahr für Jahr stärker ausfallenden rückläufigen Tendenzen aus. Zur Jahrtausendwende werden noch 3 754 000 Personen erwartet, ein Wert der in etwa dem Niveau der Ausgangsbevölkerung entspricht. Bis zum Jahr 2010 wird die Bevölkerung um gut 5 % auf 3 555 000 zurückgehen, in den dann folgenden Jahren um mehr als 6 %. Die rückläufige Entwicklung wird sich mit einer Abnahmerate von 8 % in der letzten Prognosedekade beschleunigen. Für das Jahr 2030 ergeben sich noch 3 061 000 Personen.

Diese Entwicklung ist einerseits durch rückläufige Geborenenzahlen bedingt, die mit dem Altersaufbau der Bevölkerung zusammenhängen, andererseits wird die Zahl der Gestorbenen trotz zunehmender Lebenserwartung steigen, da der Anteil der älteren Menschen immer größer wird. Der dadurch wachsende Gestorbenenüberschuß kann nur bis zum Jahr 1993 durch einen positiven Wanderungssaldo ausgeglichen werden.

Der Schrumpfungsprozeß wird von erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur begleitet. So wird die Zahl der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, bis zum Jahr 2030 um 42 % zunehmen. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 61

Rekordergebnis im Außenhandel

Leichter Rückgang der Exporte, aber Importe kräftig gestiegen

Das Außenhandelsvolumen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft betrug im vergangenen Jahr 63,7 Mrd. DM. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 4,9 %. Während der Export um 1,6 % auf 35,6 Mrd. DM zurückging, stieg der Import um 14 % auf 28,1 Mrd. DM. Damit verlief die Entwicklung des Außenhandels in Rheinland-Pfalz etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt (-2,2 % beim Export, +13 % beim Import).

Kraftfahrzeuge hatten unter den Handelsgütern eine besondere Bedeutung. Das Ausland nahm für 6,9 Mrd. DM Kraftfahrzeuge aus Rheinland-Pfalz ab. Dies sind 2 % mehr als im Jahr zuvor. Die Kfz-Importe boomten mit einer Zuwachsrate von 40 % auf den Wert von 2,9 Mrd. DM. Bei Gütern der chemischen Industrie war die Nachfrage des Auslandes ausgeglichener; Enderzeugnisse wurden für 4,1 Mrd. DM (+4,6 %), Vorerzeugnisse für 4,5 Mrd. DM (-5,1 %) im Ausland abgesetzt. Die Ausfuhr von Kunststoffen ging um 6,2 % auf 4 Mrd. DM zurück. Für diese und die meisten anderen Güterarten ergaben sich auf der Einfuhrseite Plusraten, die zum Teil zweistellig waren.

Die Ausfuhr von Wein ging um 8 % auf 654 Mill. DM zurück, die Einfuhr stieg um 15 % auf 520 Mill. DM. Beim Export wirkt sich die relativ geringe Weinmosternte des Jahrgangs 1990 aus. sr

Außenhandelsverflechtung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft

Von 1970 bis 1990 stieg das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt nominal um das 2,5fache von 35,9 Mrd. DM auf 126,5 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum expandierte der Warenexport nominal um mehr als das Vierfache (+432 %) von 6,8 Mrd. DM auf 36,2 Mrd. DM. Damit erhöhte sich der Anteil der rheinland-pfälzischen Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt von 19 % im Jahre 1970 auf 29 % im Jahre 1990. Diese Quote kann als Indikator für die in den letzten 20 Jahren zunehmende Außenhandelsverflechtung der heimischen Wirtschaft angesehen werden. Im gesamten Bundesgebiet erhöhte sich der Anteil im gleichen Zeitraum von 19 % auf 27 %. Je enger die westeuropäischen Länder im Zuge der EG-Binnenmarktorientierung wirtschaftlich miteinander verflochten sind, desto schneller und ausgeprägter können sich nationale Konjunkturimpulse über die Ländergrenzen hinweg auswirken. kl

Mehr Teilzeitbeschäftigte im Einzelhandel

Im Jahre 1991 arbeiteten im rheinland-pfälzischen Einzelhandel 3 % mehr Teilzeitbeschäftigte als im Jahr zuvor. Dies ist die höchste Zuwachsrate der letzten drei Jahre. Seit 1983 gibt es von Jahr zu Jahr mehr Teilzeitbeschäftigte im Einzelhandel. Die Zahl der Vollzeitkräfte ging im vergangenen Jahr um 1,5 % zurück, ohne daß sich gleichzeitig der Stand der Beschäftigung insgesamt verminderte (+0,2 %).

In einigen Branchen nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 1990 auf 1991 mit zweistelligen Prozentsätzen zu, vor allem bei den Fachgeschäften für Ober-

kurz + aktuell

bekleidung (+ 16 %), für Schuhe (+ 12 %), bei Drogerien (+ 16 %) sowie im Handel mit Kraft- und Schmierstoffen (+ 14 %). sr

Mehr als 1,5 Mill. angemeldete Fernsehgeräte

Ende 1991 waren in Rheinland-Pfalz gut 1,5 Mill. Fernsehgeräte und fast 1,8 Mill. Radios als Erstgeräte angemeldet. Gegenüber 1990 errechnen sich Zuwachsraten von +1,7 bzw. +1,8 %. Von Gebühren befreit waren 121 000 Radios und 97 000 Fernseher.

Im Vergleich zu Ende 1983, für diesen Zeitpunkt liegen erstmals Länderzahlen vor, erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Hörfunkgeräte um 17 % und die der

Jahr ¹⁾	Angemeldete Rundfunkempfangsgeräte	
	Fernsehgeräte	Hörfunkgeräte
	Anzahl	
1983	1 325 882	1 508 656
1984	1 346 610	1 548 461
1985	1 368 612	1 585 753
1986	1 386 509	1 606 121
1987	1 408 928	1 635 829
1988	1 431 097	1 665 728
1989	1 455 559	1 694 006
1990	1 487 385	1 730 033
1991	1 512 902	1 761 108

1) Stand: 31. Dezember. – Quelle: Norddeutscher Rundfunk, Finanzverwaltung.

Fernseher um 14 %. In Rheinland-Pfalz teilen sich derzeit durchschnittlich 2,5 Einwohner ein Fernsehgerät. Von den knapp 1,6 Mill. Privathaushalten haben heute statistisch gesehen 5 % kein Fernsehgerät. kl

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im März 1992		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu März 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	111,9	4,0
Bekleidung, Schuhe	112,5	3,0
Wohnungsmieten	121,7	5,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,4	3,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	113,4	3,8
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	117,1	4,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,2	7,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	112,4	4,3
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	122,2	4,9
Gesamtlebenshaltung	114,2	4,8
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	114,0	4,8
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	114,7	4,7
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	114,3	4,6

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3.10. 1990.

1991 abgeschwächte Wachstumsrate der Industrieproduktion

Das Produktionsvolumen der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe hat 1991 um 1,3 % zugenommen, nachdem die Steigerungsraten in den vorausgegangenen vier Jahren zwischen 2,4 und 8,6 % lagen. Das schwächere Wachstum im Jahre 1991 resultiert vor allem aus der Entwicklung im dritten (– 0,9 %) und vierten Quartal (– 2,9 %).

Die Produktion der konsumnahen Wirtschaftszweige stieg überdurchschnittlich an. Die im Jahresdurchschnitt höchsten Zunahmen wurden vom Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (+ 10 %) und dem Nahrungs- und Genußmittelbereich (+ 18 %) erreicht.

Weniger produziert wurde im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (– 1,5 %) und im Investitionsgütersektor (– 3,1 %). Vor allem waren die chemische Industrie (– 2 %) und der Maschinenbau einschließlich der Herstellung von ADV-Geräten und -Einrichtungen (– 14 %) betroffen. fu

Stromerzeugung 1991 leicht gestiegen

Die rheinland-pfälzische Nettostromerzeugung in den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung war 1991 mit mehr als 4,7 Mrd. kWh um 0,5 % höher als im Jahr zuvor. Die Stromerzeugung aus Heizöl (+ 282 %) nahm am stärksten zu. Es folgen Müll und sonstige Einsatzstoffe (+ 28 %) sowie Steinkohle (+ 6,6 %). Die Wasserkraftwerke und die mit Erdgas betriebenen Anlagen produzierten weniger Strom (– 12 bzw. – 10,7 %).

Die Anteile der einzelnen Energieträger an der Netto-stromerzeugung veränderten sich im Berichtsjahr wie folgt: Erdgas 43 %, Steinkohle 32 %, Wasserkraft 16 %, Heizöl 7,7 % und Müll einschließlich sonstige Einsatzstoffe 1,1 %. Strom aus Kernenergie wird in Rheinland-Pfalz seit Ende 1988 nicht mehr erzeugt. fu

1991 Gasverbrauch im Land um 6,6 % gestiegen – Kalte Witterung im 1. Halbjahr ausschlaggebend

Der Gasverbrauch aus dem öffentlichen Netz in Rheinland-Pfalz hat im Jahre 1991 gegenüber dem Vorjahr um 6,6 % auf 5,4 Mrd. m³ zugenommen. Der Zuwachs ist vor allem auf die sehr kalten Monate des 1. Halbjahres zurückzuführen.

Im 1. Quartal lag der Gasverbrauch um 13 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, im 2. Quartal um 4,1 %. Das 3. Quartal schloß mit einem Verbrauchsrückgang um 0,4 % ab, da die Durchschnittstemperaturen deutlich über denen des Vorjahres lagen. Im 4. Quartal stieg der Gasverbrauch wieder (+ 6,7 %). fu

Mehr Mietwohnungen, weniger Eigenheime 12 % mehr Baugenehmigungen

Im Jahre 1991 erteilten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden Baugenehmigungen für rund 23 600 neue Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Das Vorjahresergebnis von 21 100 Neubauwohnungen wurde um 12 % übertroffen. Bei den einzelnen Gebäudearten nahm die Baukonjunktur einen unterschiedlichen Verlauf. So wurden Ein- und Zweifamilienhauswohnungen mit 7 393 bzw. 3 714 Einheiten als Folge gestiegener Grundstückspreise und hoher Hypothekenzinsen weniger stark nachgefragt (– 8,2 bzw. – 5,7 %) als im Vorjahr (8 052 bzw. 3 940 Wohnungen).

Die positive Gesamtentwicklung ist auf den verstärkten Mietwohnungsbau in Mehrfamilienhäusern und auf den Bau von Wohnheimwohnungen zurückzuführen. Bei Drei- und Mehrfamilienhauswohnungen errechnen sich für 1991 gut 10 600 Baufreigaben (+ 26 %). Das Vorjahresergebnis hatte bei 8 400 Wohnungen gelegen. Eine Vervierfachung der Baufreigaben wurde im besonders für die Universitätsstädte so wichtigen Bau von Wohnheimwohnungen registriert. So erhöhte sich die Zahl der genehmigten Wohnungen von 333 im Jahre 1990 auf nunmehr 1 435 im Berichtszeitraum 1991.

Die Errichtung weiterer rund 3 400 Wohnungen haben die Bauherren durch Um-, Aus- und Erweiterungs-

ungsbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden eingeplant, so daß sich ein Gesamtgenehmigungsergebnis von 27 000 Wohnungen (+ 10,7 %) errechnet. hes

Höchstergebnis an Wohnungsbaufreigaben im Jahre 1991

Im Jahre 1991 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von 27 046 Wohnungen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von fast 11 %. Unter den Baufreigaben sind 3 382 Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden entstehen sollen, und 4 75 neue Wohnungen aus dem Nichtwohnbau. Neu eingeplant haben die Bauherren 10 748 Wohngebäude (– 4,2 %) mit 23 187 neuen Wohnungen (+ 12 %).

Obwohl die Zahl der Baugenehmigungen gestiegen ist, lagen die Planungen von Einfamilienhäusern (– 8,2 %) und Zweifamilienhäusern (– 5,7 %) niedriger als im Jahr zuvor. Besonders starke Ausweitungen verzeichnen Wohnungsbaufreigaben in Mehrfamilienhäusern (+ 38 %). hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 66

Fremdenverkehr 1991 im Fremdenverkehrs- gebiet Rheinhessen

In Rheinhessen wurden im Jahre 1991 fast 548 000 Gäste (– 1,9 %) und 1,1 Mill. Übernachtungen (– 0,3 %) gezählt. Die ausländischen Gäste (170 000) und deren Übernachtungen (327 000) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 7,8 bzw. 8,5 % ab, die inländischen Besucher (378 000) und deren Übernachtungen (765 000) nahmen um 1,1 % bzw. 3,7 % zu.

Unter den ausländischen Besuchern waren die US-Amerikaner mit 60 000 Personen (– 14 %) und 113 000 Übernachtungen (– 13 %) am häufigsten anzutreffen, verzeichneten allerdings niedrigere Besucherzahlen. Zuwachsraten ergaben sich für Niederländer (Gäste + 4 % / Übernachtungen + 16 %) und Franzosen (Gäste + 13 % / Übernachtungen + 9,7 %).

In der Stadt Mainz wurden mit fast 700 000 (– 1,2 %) knapp zwei Drittel aller Übernachtungen der Region ermittelt. el

Bad Ems 1991 mit hohem Zuwachs der Gäste im Fremdenverkehr

Das Jahr 1991 brachte dem Fremdenverkehrsgebiet Westerwald / Lahn / Taunus ebenso wie im Jahr zuvor

kurz + aktuell

wieder 567 000 Gäste. Sie übernachteten 2,2millionenmal (+ 1,8 %).

Rückgängen an ausländischen Gästen (- 3,9 %) und deren Übernachtungen (- 3,7 %) standen Zunahmen von Gästen aus dem Inland (+ 0,4 %) sowie bei deren Übernachtungen (+ 2,2 %) gegenüber. Die häufigsten ausländischen Besucher waren Niederländer (19 000 / - 9,7 %), Briten (7 000 / - 11 %) und Belgier (5 000 / + 42 %). Kräftig zugenommen haben die Übernachtungen der belgischen Gäste (18 000 / + 77 %). Hingegen waren die Übernachtungszahlen der Niederländer (60 000 / - 2,6 %) und der Briten (16 000 / - 20 %) rückläufig.

Besondere Anziehung mit hoher Zuwachsrates hatte Bad Ems mit 39 000 Gästen (+ 27 %) und 348 000 Übernachtungen (+ 7,3 %). Bad Marienberg verzeichnete 22 000 Gäste (+ 5 %) und 106 000 Übernachtungen (- 0,1 %). Die Gemeinde Bürdenbach im Landkreis Altenkirchen kam mit ihrem ausgeprägten Hotel- und Bungalowbereich auf 48 000 Gäste (+ 0,3 %) und 107 000 Übernachtungen (+ 0,8 %). el

Fremdenverkehr 1991 im Fremdenverkehrsgebiet Mosel / Saar

Im Fremdenverkehrsgebiet Mosel / Saar, der am häufigsten besuchten Ferienregion in Rheinland-Pfalz, übernachteten im Jahre 1991 1,4 Mill. Gäste 5,2millionenmal. Das sind 1,8 % mehr Gäste und 8 % mehr Übernachtungen als im Vorjahr.

Für ausländische Gäste (393 000) und deren Übernachtungen (1,4 Mill.) wurden Steigerungsrates von 4,9 und 12 % ermittelt. Die Zahl der inländischen Besucher betrug 1 Mill. (+ 0,7 %), deren Übernachtungen 3,8 Mill. (+ 6,4 %). Fast die Hälfte aller ausländischen Besucher kam aus den Niederlanden (171 000 / + 12 %). Sie blieben im Durchschnitt 4,7 Tage an den malerischen Orten von Mosel und Saar, so daß sich fast 810 000 Übernachtungen (+ 15 %) errechnen. Auch bei den Belgiern (52 000 / + 15 %) erfreut sich das Gebiet großer Beliebtheit. Deren durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 3,1 Tage, so daß 163 000 Übernachtungen (+ 25 %) zu verbuchen waren.

Besondere touristische Anziehungspunkte waren die Städte Bernkastel-Kues mit 642 000 Übernachtungen (+ 6,1 %), das 2 000 Jahre alte Trier (485 000 / + 4,8 %) sowie Cochem (478 000 / + 6,2 %). el

Fremdenverkehr 1991 im Fremdenverkehrsgebiet Eifel / Ahr

Das Gebiet Eifel / Ahr gehört mit gut 1 Mill. Gästen und 4,9 Millionen Übernachtungen zu den rheinland-pfälzischen

Fremdenverkehrsregionen mit den höchsten Zuwachsrates. Gegenüber dem Vorjahr wurden 6,5 % mehr Gäste und 13 % mehr Übernachtungen gezählt.

Bei ausländischen Besuchern (304 000) und deren Übernachtungen (1,5 Mill.) wurden Steigerungen von 19 bzw. 26 % ermittelt. Die Zahl der Gäste aus dem Inland (767 000) und deren Übernachtungen (3,4 Mill.) nahm um 2,2 bzw. 8,1 % zu.

Die meisten ausländischen Touristen kamen aus den Niederlanden (193 000 / + 28 %) und aus Belgien (61 000 / + 12 %). Ihr bevorzugtes Reiseziel waren die Feriendörfer der Region. Der hohen Verweildauer von 5,6 bzw. 4,1 Tagen entsprechen 1,1 Mill. (+ 30 %) bzw. 250 000 (+ 20 %) Übernachtungen für die beiden vorgenannten Nationalitäten.

In Bad Neuenahr-Ahrweiler wurden von knapp 150 000 Besuchern (+ 2,9 %) in Fremdenverkehrsbetrieben sowie Heilstätten und Sanatorien 858 000 Übernachtungen (+ 4,8 %) gebucht. el

Fremdenverkehr 1991 im Fremdenverkehrsgebiet Pfalz

Im Fremdenverkehrsgebiet Pfalz wurden 1991 gut 1,2 Mill. Gäste und 3,9 Mill. Übernachtungen registriert. Das sind 0,5 % mehr Gäste und 3,4 % mehr Übernachtungen als im Jahre 1990.

Rückgängen von 11 % bei ausländischen Besuchern (164 000) und 2,5 % bei deren Übernachtungen (402 000) standen Zunahmen von 2,4 % bei inländischen Touristen (1,1 Mill.) und 4,2 % bei deren Übernachtungen (3,5 Mill.) gegenüber.

Stark rückläufig waren die Besuche der US-Amerikaner (39 000 / - 32 %) und deren Übernachtungen (115 000 / - 13 %). Kräftig erhöht haben sich die Ankunftsahlen der belgischen Gäste (9 000 / + 27 %) und deren Übernachtungen (26 000 / + 72 %).

Während sich im Heilbad Bad Bergzabern mit 42 000 Gästen (+ 6,2 %) und 299 000 Übernachtungen (+ 8,7 %) Zunahmen ergaben, verzeichneten die Fremdenverkehrsbetriebe im Heilbad Bad Dürkheim mit 120 000 Gästen (- 3,1 %) und 495 000 Übernachtungen (- 1,4 %) Rückgänge. Im Geschäftsreiseverkehr lagen die Städte Kaiserslautern und Ludwigshafen vorne. Dort wurden Gästezahlen von 82 000 (+ 2,6 %) und 138 000 (- 4,8 %) ermittelt. Die Übernachtungszahlen kumulierten auf 172 000 (+ 2,6 %) und 255 000 (- 1,8 %). el

7. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Koordinierung gewährleistet Vergleichbarkeit

Bevölkerungsvorausberechnungen sollen aufzeigen, wie sich Bevölkerungsstand und -struktur unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen über die Einflußgrößen (insbesondere Geburten, Sterbefälle, Wanderungen) zukünftig voraussichtlich entwickeln werden. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen folgen Modellen, die zwischen Bund und Ländern abgestimmt sind. Dabei wird zum einen für alle Länder dasselbe Modell herangezogen, zum anderen sind die zugrunde gelegten Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Wanderungen, aufeinander abgestimmt.

Ergebnisse koordinierter Bevölkerungsprognosen sind für die länderübergreifende Verwendung zukünftiger Bevölkerungszahlen von großer Bedeutung, da sie die Vergleichbarkeit der Zahlen untereinander gewährleisten. So zieht beispielsweise die Kultusministerkonferenz die Ergebnisse als Grundlage für die Vorausberechnung von Schülern und Studenten heran.

Koordinierte Vorausschätzungen seit 1966

Die 1. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung wurde 1966 vorgelegt. 1975 / 76 wurden die Ergebnisse der 5. Vorausberechnung veröffentlicht. Die einzelnen Vorausschätzungen unterscheiden sich einerseits in der Differenziertheit der Modellannahmen, so wurde zum Beispiel anfangs noch nach Geburtenziffern verheirateter und unverheirateter Frauen unterschieden und künftige Familienstandsänderungen berücksichtigt. Andererseits gibt es auch Unterschiede bei der Anzahl der Modellvarianten; beispielsweise wurden bei der 4. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung acht Alternativen vorgelegt.

Die 6. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung folgte dann 1989 / 90, da erst nach der Volkszählung 1987 wieder hinreichend fundierte Angaben für die Basisbevölkerung zur Verfügung standen. Die zugrunde gelegten Wanderungsannahmen, insbesondere hinsichtlich der Zahl der Übersiedler aus der ehemaligen DDR, waren jedoch schon bei Vorlage der Ergebnisse überholt, so daß von einer Veröffentlichung der Ergeb-

nisse abgesehen und eine alsbaldige neue Berechnung angestrebt wurde.

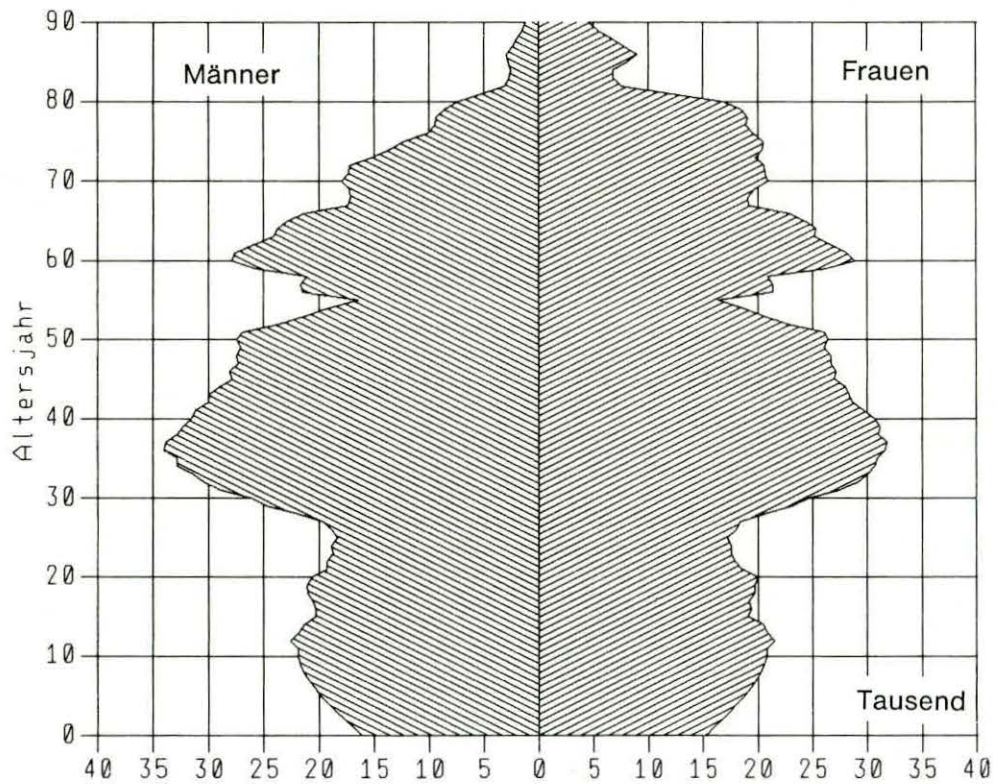
Noch keine Vorausschätzung für neue Bundesländer

Mit der Vorbereitung der 7. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurde im September 1990 begonnen. Ergebnisse für alle Länder liegen nunmehr vor. Das Modell berücksichtigt nur die alten Bundesländer, da für das Beitrittsgebiet noch keine hinreichende Datengrundlage vorhanden ist. Eine Vorausberechnung für beide Teile Deutschlands ist von einer interministeriellen Arbeitsgruppe beim Bundesministerium des Innern geplant.

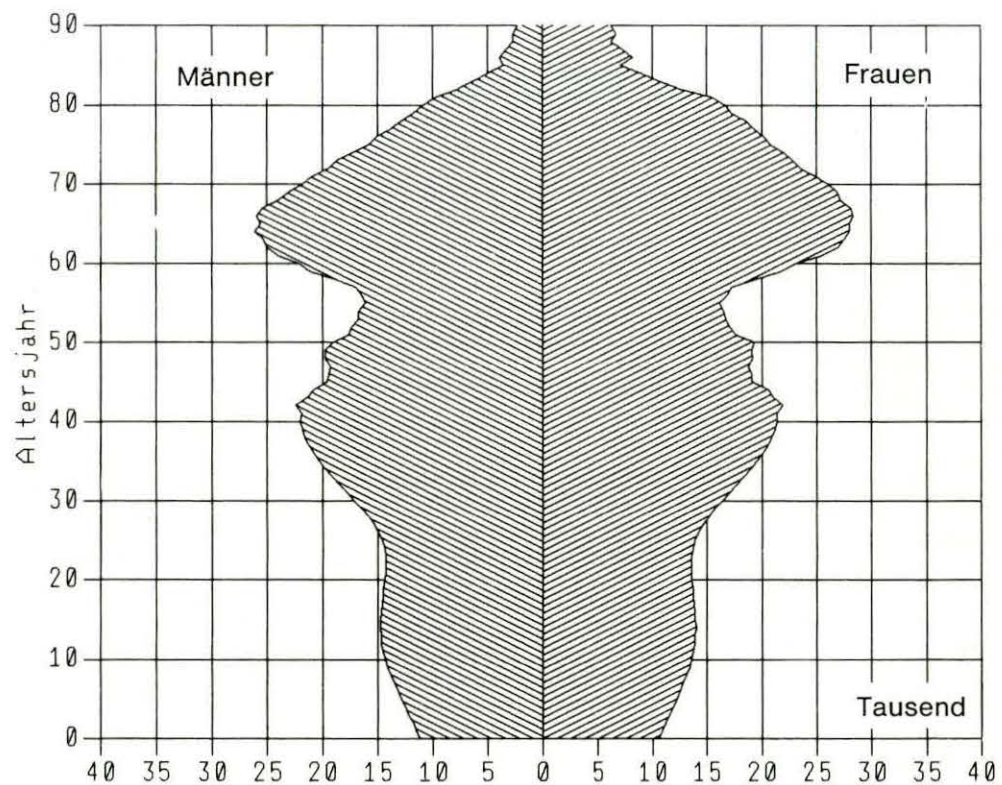
Eine Untergliederung der Bevölkerung nach Deutschen und Ausländern ist möglich, jedoch bleibt es den Ländern überlassen, hiervon Gebrauch zu machen. Da in einigen Fällen Zweifel an der korrekten Verbuchung von Staatsangehörigkeitswechseln bestehen, wird die Zahl der Ausländer derzeit vermutlich nicht korrekt ausgewiesen. So werden vielfach sogenannte Statusdeutsche, die nach ihrer Zuwanderung zunächst mit ausländischer Staatsangehörigkeit geführt wurden, nach Feststellung der Voraussetzungen bei den Meldebehörden als Deutsche registriert, ohne daß diese Änderung durch die Bevölkerungsfortschreibung nachvollzogen werden kann. Rheinland-Pfalz hat daher für die Prognose – wie die meisten anderen Länder – nicht nach Deutschen und Ausländern differenziert. Das Statistische Bundesamt hat hingegen für das Bundesgebiet nach Deutschen und Ausländern gegliederte Ergebnisse ermittelt.

Alle koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen basieren, ebenso wie die Regionalprognose des Statistischen Landesamtes, auf der Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung. Dabei rückt die nach Alter und Geschlecht gegliederte Bevölkerung des Basisjahres unter Berücksichtigung von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen in jedem Kalenderjahr in die jeweils nächsthöhere Altersklasse auf. Grundlage der Berechnungen ist die nach Altersjahren und Geschlecht differenzierte Bevölkerung zum 31. Dezem-

Altersaufbau der Bevölkerung am 31.12.2000



Altersaufbau der Bevölkerung am 31.12.2030



ber 1989. Als Prognosehorizont ist das Jahr 2030 vorgesehen.

Hinsichtlich der Geburtenentwicklung wird – im Gegensatz zu früheren Vorausberechnungen – nur eine Variante angenommen. Dabei werden die altersspezifischen Geburtenziffern des Basisjahres konstant gehalten. Die Geburtenziffern werden länderweise differenziert. Für die Prognose der Sterblichkeit werden alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern des Basisjahres 1989 zugrunde gelegt. Für die deutsche Bevölkerung wird von einem Rückgang der Sterblichkeit bis zum Jahre 2000 ausgegangen, der einem Anstieg der Lebenserwartung um etwa zwei bis drei Jahre entspricht. Für die ausländische Bevölkerung wird eine konstante Sterblichkeit angenommen, und zwar der Durchschnitt der Jahre 1987 bis 1989.

Wanderungsannahmen besonders problematisch

Als besonders problematisch erweist sich naturgemäß die Festlegung der Annahmen über die künftige Entwicklung der Wanderungen. Für die Außenwanderung wurden mit der beim Bundesinnenministerium angesiedelten „interministeriellen Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“ abgestimmte Werte verwendet. Außenwanderungen sind dabei Wanderungen über die Bundesgrenze mit dem Gebietsstand vor der Wiedervereinigung. Damit zählen auch Wanderungen aus den neuen Bundesländern zu den Außenwanderungen.

Angaben zur Außenwanderung von Deutschen setzen sich insbesondere aus gesonderten Schätzungen für Aussiedler und Zuzügen aus dem Beitrittsgebiet zusammen. Für die Zuzüge von Aussiedlern wurde eine Reduzierung der Werte von anfangs bundesweit rund 300 000 jährlich auf 40 000 bis zum Jahr 2000 angenommen. In den Prognosejahren danach werden keine weiteren Zuzüge von Aussiedlern berücksichtigt. Zuzüge aus dem Beitrittsgebiet sind bis zum Jahr 1994 unterstellt.

Für die Verteilung auf die Länder wurden vom Bundesausgleichsamt übermittelte Angaben der Jahre 1988 bis 1990 (Aussiedler) bzw. 1986 bis 1990 (Übersiedler) zugrunde gelegt. Für die Alters- und Geschlechtsgliederung der Zuzüge aus den neuen Bundesländern liegen Angaben des Zentralen Einwohnerregisters aus den Jahren 1989 und 1990 vor. Für die übrigen Zuzüge wurde von der Struktur der gesamten Zuwanderung Deutscher in den Jahren 1987 und 1988 ausgegangen, da aktuelle Angaben über Aussiedler diesbezüglich nicht vorlagen. Hinsichtlich der Fortzüge von Deutschen bilden die Verhältnisse der Jahre 1987 und 1988 die Schätzgrundlage.

Der Saldo aus Zu- und Fortzügen von Ausländern, der im ersten Prognosejahr noch mit einem Plus von bundesweit 400 000 eingerechnet ist, reduziert sich auf gut 40 000 in den ersten 10 Jahren nach der Jahrtausendwende und gut 30 000 in den letzten 20 Prognosejahren. Die Verteilung der Außenwanderung von Ausländern auf die Länder sowie die Untergliederung nach Alter und Geschlecht erfolgte aufgrund der Struktur der Jahre 1987 bis 1989.

Auch Einbürgerungen wurden berücksichtigt, soweit ein Nachweis der Ergebnisse nach Deutschen und Ausländern (z. B. auf Bundesebene) vorgesehen war. Die Aufteilung der Einbürgerungen nach Ländern orientiert sich an der Struktur des Jahres 1989, die Gliederung nach Alter und Geschlecht an den Verhältnissen der Jahre 1987 bis 1989.

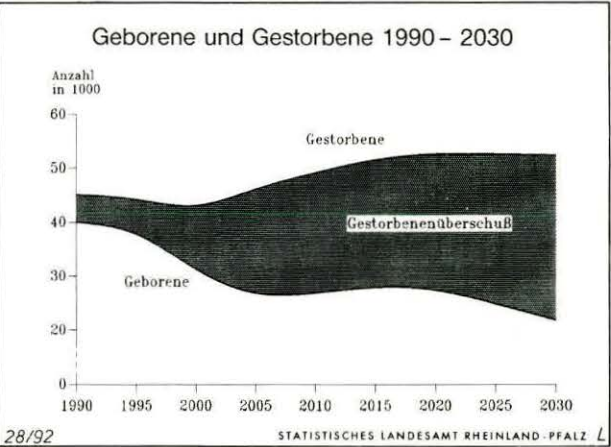
Für die Binnenwanderungen sind zwischen den Ländern abgestimmte Wanderungssalden berücksichtigt. Dabei wurden grundsätzlich die bereits bei der 6. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung verwendeten Werte beibehalten. Die Vorgabe der Wanderungssalden für Rheinland-Pfalz orientiert sich damit an der Regionalprognose des Statistischen Landesamtes auf der Basis des Jahres 1988.

Trotz Zuwanderungen langfristig rückläufige Bevölkerung

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung ist durch Zuwachsraten bis zum Jahr 1993 mit anschließenden Jahr für Jahr stärker ausfallenden rückläufigen Tendenzen gekennzeichnet. Zur Jahrtausendwende werden noch 3 754 000 Personen erwartet, ein Wert der in etwa dem Niveau der Ausgangsbevölkerung entspricht. Bis zum Jahr 2010 wird die Bevölkerung um gut 5 % auf 3 555 000 zurückgehen, um in den dann folgenden 10 Jahren um mehr als 6 % zu schrumpfen. Die rückläufige Entwicklung beschleunigt sich mit einer Abnahmerate von 8 % in der letzten Prognosedekade. Für das Jahr 2030 errechnet das Modell noch 3 061 000 Personen.

Diese Entwicklung wird einerseits durch eine rückläufige Zahl der Geborenen verursacht. So unterliegen die Lebendgeborenenzahlen, die mit den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern des Basisjahres errechnet wurden, aufgrund von Altersstrukturveränderungen in Richtung weniger geburtenfreudiger Jahrgänge einem deutlichen Abwärtstrend. Das letzte Prognosejahr zeigt mit 22 000 Lebendgeborenen fast eine Halbierung der Werte des Ausgangsjahres.

Begleitet wird diese Entwicklung von wachsenden Gestorbenenanzahlen. Trotz der angenommenen zunehmenden Lebenserwartung verursacht der immer größere Anteil älterer Menschen einen Anstieg der Zahl der



Sterbefälle von gut 45 000 im Basisjahr auf über 52 000 in den Prognosejahren nach 2017.

Der dadurch wachsende Gestorbenenüberschuß kann nur bis zum Jahr 1993 durch einen positiven Wanderungssaldo ausgeglichen werden. Die angenommenen rückläufigen Zuzugszahlen von Deutschen und Ausländern bewirken, daß die Zahl der Zuzüge die der Fortzüge schon vor der Jahrtausendwende nur noch geringfügig übersteigt, in keinem Fall jedoch mehr dazu ausreicht, den negativen Saldo aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen. In den Jahren 2001 bis 2005 übersteigt sogar die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge.

Mehr Alte, weniger Junge

Der Schrumpfungsprozeß wird von erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur begleitet. So wird die Zahl der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, bis zum Jahr 2030 um 42 % zunehmen. Damit steigt deren Anteil an der Gesamtbevölkerung von knapp 16 % auf über 27 %. Die Zahl der unter 15jährigen wird im gleichen Zeitraum um mehr als 31 % abnehmen. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung reduziert sich damit von gut 15 % auf weniger als 13 %.

Für die Planung entsprechender Einrichtungen ist eine Betrachtung nach Altersgruppen im Kindergarten-, Schul- und Hochschulalter aufschlußreich. Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter wird nach den Berechnungen bis zum Ende des Prognosehorizonts auf weniger als 65 % des Ausgangswertes zurückgehen und 2030 nur noch 73 000 betragen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen zeigt bei einer Betrachtung der gesamten

Altersgruppe von 6 bis unter 19 Jahren, ausgehend von 495 000 Personen im Basisjahr, eine Abnahme bis zum Jahr 2010 auf 455 000, bis 2020 auf 364 000 und erreicht schließlich im Jahr 2030 mit 363 000 Personen einen Wert, der um knapp 27 % unter dem Ausgangswert liegt. Eine Differenzierung nach den für die einzelnen Klassenstufen üblichen Altersgruppierungen zeigt unterschiedliche Entwicklungstendenzen. So wird für Kinder im Grundschulalter noch ein Anstieg bis zum Jahr 1997 erwartet. Daran wird sich eine rückläufige Entwicklung anschließen. Für das letzte Prognosejahr wird ein Wert errechnet, der mehr als 30 % unter dem Ausgangswert des Basisjahres liegt. Die für die Sekundarstufe I relevante Altersgruppe der 10- bis 16jährigen zeigt Zuwachsraten bis zum Jahr 2003, reduziert sich bis zum Jahr 2020, um dann erneut auf einen Endwert anzusteigen, der um 20 % unter dem Ausgangswert liegt. Die 16- bis 19jährigen, die der Sekundarstufe II zuzuordnen sind, haben ihr Maximum im Jahr 2006 und liegen im Jahr 2030 um deutlich mehr als 30 % unter dem Basiswert. Besonders drastisch ist die Entwicklung bei der für die Studenten relevanten Altersgruppe der 19- bis 25jährigen, die über den gesamten Prognosezeitraum gesehen um mehr als die Hälfte schrumpft.

Steigende Belastungsquoten

Die Veränderungen der Altersstruktur kommen auch in den sogenannten Belastungsquoten zum Ausdruck. Hierzu unterscheidet man die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, zu der pauschal die 15- bis unter 65jährigen gerechnet werden, und die Bevölkerung im nicht-erwerbsfähigen Alter. Danach sind die unter 15jährigen noch nicht erwerbsfähig und die 65 Jahre und älteren Personen nicht mehr erwerbsfähig. Die Belastungsquote ist die Zahl der Personen im nicht erwerbsfähigen

Bevölkerung nach dem Erwerbsalter 1989 bis 2030¹⁾

Altersgruppe	1989	1995	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030
Anzahl (1 000)									
Ingesamt	3 701,7	3 785,8	3 742,5	3 653,3	3 555,3	3 445,8	3 329,8	3 202,6	3 060,8
0 - 15	566,6	611,8	588,5	520,3	453,1	419,0	415,5	411,8	388,9
15 - 65	2 548,6	2 536,9	2 481,4	2 389,0	2 362,9	2 291,7	2 162,3	2 006,3	1 838,9
65 und älter	586,5	637,1	672,6	743,9	739,3	735,1	752,0	784,5	833,1
1989 = 100									
Ingesamt	100	102,3	101,1	98,7	96,0	93,1	90,0	86,5	82,7
0 - 15	100	108,0	103,9	91,8	80,0	73,9	73,3	72,7	68,6
15 - 65	100	99,5	97,4	93,7	92,7	89,9	84,8	78,7	72,2
65 und älter	100	108,6	114,7	126,8	126,1	125,3	128,2	133,8	142,0
Anteil der Altersgruppen in %									
0 - 15	15,3	16,2	15,7	14,2	12,7	12,2	12,5	12,9	12,7
15 - 65	68,8	67,0	66,3	65,4	66,5	66,5	64,9	62,6	60,1
65 und älter	15,8	16,8	18,0	20,4	20,8	21,3	22,6	24,5	27,2
Belastungsquoten									
Junge	222	241	237	218	192	183	192	205	211
Alte	230	251	271	311	313	321	348	391	453
Insgesamt	452	492	508	529	505	504	540	596	664

1) Ergebnisse der 7. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Bevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Hochschulalter 1989 bis 2030¹⁾

Altersgruppe	1989	1995	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030
Anzahl (1 000)									
0 - 3	121,0	117,1	98,3	82,9	80,3	83,3	83,1	76,3	67,1
3 - 6	113,5	125,3	111,7	91,8	80,9	81,9	84,5	81,5	73,1
6 - 10	153,9	169,8	164,5	141,6	117,1	108,1	111,3	113,1	106,5
10 - 16	214,4	240,4	253,3	246,9	214,0	178,2	164,4	168,5	170,8
16 - 19	126,2	113,4	120,2	129,6	123,6	105,7	87,9	82,6	85,3
19 - 25	348,6	241,6	229,4	237,8	258,8	245,3	209,4	176,7	168,0
1989 = 100									
0 - 3	100	96,8	81,2	68,5	66,4	68,8	68,7	63,1	55,5
3 - 6	100	110,4	98,4	80,9	71,3	72,2	74,4	71,8	64,4
6 - 10	100	110,3	106,9	92,0	76,1	70,2	72,3	73,5	69,2
10 - 16	100	112,1	118,1	115,2	99,8	83,1	76,7	78,6	79,7
16 - 19	100	89,9	95,2	102,7	97,9	83,8	69,7	65,5	67,6
19 - 25	100	69,3	65,8	68,2	74,2	70,4	60,1	50,7	48,2
Anteil der Altersgruppen in %									
0 - 3	3,3	3,1	2,6	2,3	2,3	2,4	2,5	2,4	2,2
3 - 6	3,1	3,3	3,0	2,5	2,3	2,4	2,5	2,5	2,4
6 - 10	4,2	4,5	4,4	3,9	3,3	3,1	3,3	3,5	3,5
10 - 16	5,8	6,4	6,8	6,8	6,0	5,2	4,9	5,3	5,6
16 - 19	3,4	3,0	3,2	3,5	3,5	3,1	2,6	2,6	2,8
19 - 25	9,4	6,4	6,1	6,5	7,3	7,1	6,3	5,5	5,5

1) Ergebnisse der 7. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Alter je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter. Sie zeigt, wie groß die Zahl der Personen ist, für die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufkommen muß. Es wird unterschieden nach der Gesamtbelastungsquote, die alle Personen im nichterwerbsfähigen Alter berücksichtigt, sowie einer Belastungsquote für die Jungen und einer für die Alten, die nur die unter 15jährigen bzw. die 65 Jahre und älteren Personen betrachtet.

Die gesamte Belastungsquote steigt von 452 zunächst auf 508 im Jahr 2000 und schließlich auf 664 zum Ende des Prognosezeitraums. Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich ein – über den gesamten Zeitraum gesehen – leichter Rückgang der Belastungsquote für junge Menschen und ein erheblicher Anstieg der Belastungsquote für die älteren Menschen, ausgehend von 230 im Basisjahr auf 453 im Jahr 2030.

Abstimmung mit Regionalprognose nur bedingt möglich

Eine Abstimmung der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit der Regionalprognose des Statistischen Landesamtes, die Ergebnisse für Kreise und Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz ermittelt, ist aufgrund der unterschiedlichen Modellstrukturen nur bedingt möglich. Jedoch wurden, soweit möglich, vergleichbare Annahmen zugrunde gelegt.

Die Regionalprognose zeigt – zumindest mittel- bis langfristig gesehen – die gleichen Entwicklungstenden-

zen. Beide Modelle prognostizieren wegen der erheblichen Zuwanderungen zunächst eine wachsende Bevölkerung, solange der positive Wanderungssaldo größer ist als der Negativsaldo aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Ein steigender Gestorbenenüberschuß und kleiner werdende Zuwanderungsüberschüsse sorgen dann in beiden Vorausschätzungen für eine anhaltende Abwärtsentwicklung. Die Regionalprognose weist jedoch in allen Vorausschätzungsjahren höhere Bevölkerungszahlen aus, deren Ursache zum Teil in den höher angenommenen Zuwanderungen des Regionalprognosemodells begründet liegt. Die Differenzen resultieren aber auch aus den unterschiedlichen Ausgangsbevölkerungen, so legt die Prognose des Statistischen Landesamtes den 31. Dezember 1990 zugrunde, während die koordinierte Vorausschätzung vom 31. Dezember 1989 ausgeht.

Zur Zuverlässigkeit der koordinierten Vorausschätzung ist anzumerken, daß bereits im ersten Prognosejahr eine Unterschätzung der Ist-Bevölkerung um knapp 19 000 Personen vorliegt. Nach Auffassung der „interministeriellen Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen“ sind die Ergebnisse der 7. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung als Untergrenze eines Korridors möglicher zukünftiger Bevölkerungsentwicklungen anzusehen. Es werden bereits Forderungen nach einer 8. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung laut, die die aktuelle Wanderungsentwicklung treffender berücksichtigen könnte.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Baugenehmigungen 1991

Die seit dem Jahre 1988 aufwärts gerichtete Entwicklung der Bautätigkeit in Rheinland-Pfalz setzte sich 1991 fort. Obwohl es bei den Baufreigaben für Wohngebäude und Wohnungen erneut zweistellige positive Veränderungsraten gab, kam es 1991 zu einem spürbaren Nachfragerückgang im Eigenheimbau als mögliche Folge der hohen Kapitalmarktzinsen bei gleichzeitig steigenden Bau- und Grundstückskosten.

Höchstergebnis an Baufreigaben

Im Jahre 1991 erteilten die Bauaufsichtsbehörden Freigaben für insgesamt 27 046 Wohnungen. Ein vergleichbar hohes Ergebnis war zuletzt im Jahre 1983 (27 052 Wohnungen) zu beobachten. Gegenüber dem Jahr 1990 errechnet sich bei den Wohnungsbaugenehmigungen eine Steigerung von fast 11 %, obwohl bereits im Jahre 1990 (24 426) ein Rekordanstieg von 34 % zu verzeichnen war. Seit dem Tiefpunkt im Jahre 1987 (13 301 Wohnungen) hat sich die Anzahl der Wohnungsbaugenehmigungen mehr als verdoppelt.

Das Ergebnis von gut 27 000 Wohnungen enthält Baufreigaben für 3 384 Einheiten, die durch geplante Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstehen sollen, und 475 neue Wohnungen aus dem Sektor Nichtwohnbau. Neu eingeplant haben die Bauherren 10 748 Wohngebäude (+ 4,2 %) mit 23 187 neuen Wohnungen (+ 11,8 %).

Boom im Geschößwohnungsbau

Mit 2 421 genehmigten neuen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern war der Geschößwohnungsbau im Jahre 1987 stark eingeschränkt worden. Seither sind im Mietwohnungsbau von Jahr zu Jahr wieder zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen. Nach 2 911 Wohnungen

im Jahre 1988 sind im Jahr darauf bereits 5 346 Wohnungen genehmigt worden (+ 84 %), 1990 waren es 8 752 Einheiten (+ 64 %).

Ein weiterer sprunghafter Anstieg der Baugenehmigungen in dieser Kategorie war 1991 mit 12 080 Freigaben zu verzeichnen. Das sind 38 % mehr als im Jahr zuvor. Differenziert nach Gebäudearten der Mehrfamilienhäuser entfielen 1991 auf neue Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen 10 645 Wohneinheiten (+ 26 %) und auf Wohnheimwohnungen 1 435 Einheiten (+ 331 %). Die entsprechenden Vorjahresergebnisse hatten 8 419 bzw. 333 Wohnungen betragen.

In der sich weiter fortsetzenden Belegung der Bautätigkeit von Geschößwohnungen kommen nicht nur die verschiedenen Wohnungsbauförderprogramme, sondern auch Reaktionen der Investoren im freifinanzierten Mietwohnungsbau auf die Marktkräfte zum Ausdruck. Gaben noch Mitte des vergangenen Jahrzehnts die Anleger einer Alternativverzinsung ihres Kapitals den Vorzug, so setzte eine wachsende Zahl von Investoren in den Folgejahren, hervorgerufen durch den starken Nachfrageanstieg, auf Mietwohnungsbau.

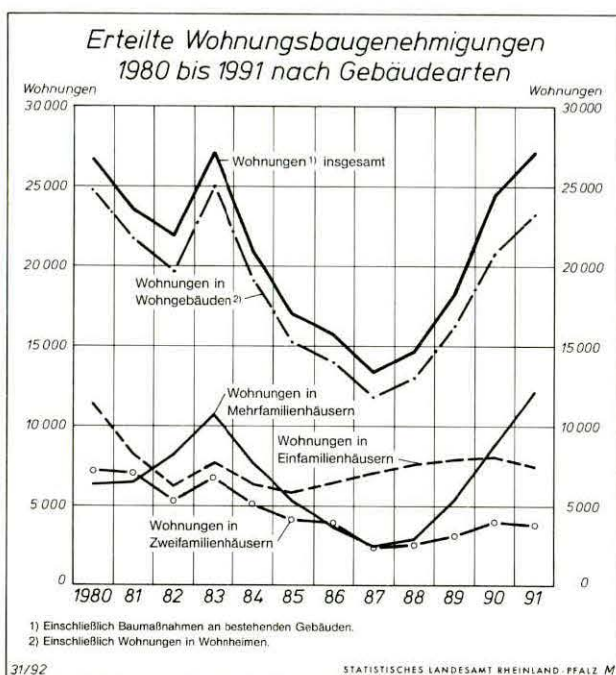
Insgesamt betrugen die geplanten Investitionen im Geschößwohnungsbau im vergangenen Jahr 1,52 Mrd. DM, wovon 118 Mill. DM in den Neubau von Wohnheimen fließen sollen. Das Investitionsvolumen des Vorjahres von 1,13 Mrd. DM wurde um rund 400 Mill. DM (+ 34 %) übertroffen. Je Mehrfamilienhaus (ohne Wohnheime) ergaben die Planungen bei durchschnittlich 7,3 Wohnungen je Gebäude ohne Grundstücks- und Erschließungskosten ein Investitionsvolumen von 963 000 DM. Je vorgesehene Wohnung waren bei 73 Quadratmeter Wohnfläche im Schnitt 132 000 DM reine Baukosten zu veranschlagen.

Wohnheimbau am Zuwachs stark beteiligt

Der Genehmigungszuwachs des Jahres 1991 von 2 443 Neubauwohnungen im Bereich Wohnbau ist zu 45 % (1 102 Wohnungen) auf die Planung neuer Wohnheime zurückzuführen. Insgesamt wurden 38 neue Wohnheime zum Bau freigegeben, die neben 1 435 Wohnungen (Vorjahr 333) weitere 648 sonstige Wohneinheiten ohne Wohnungseigenschaft (keine eigene Haushaltsführung möglich) enthalten. Das Investitionsvolumen für diese Bauten lag mit 118 Mill. DM um fast 130 % über dem Vorjahreswert (51,4 Mill. DM). Die neuen Gebäude werden 2 575 Räume enthalten. Bei einer Gesamtwohnfläche von 32 000 Quadratmeter verfügt jede Wohnheimwohnung im Mittel über 22 Quadratmeter Raumangebot, die sonstigen Wohneinheiten (22 900 Quadratmeter Wohnfläche) waren mit durchschnittlich 35 Quadratmeter größer.

Jede achte Wohnung entsteht durch Umbau oder Ausbau

Die speziellen Fördermaßnahmen des Bundes (Zinsverbilligungsprogramm für den Dachausbau) wurden in



Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1980 bis 1991

Jahr	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden	davon				
			Wohnungen in neu zu errichtenden				Mehr- familien- häusern ²⁾
			Nicht- wohn- gebäuden	Wohn- gebäuden	davon in		
					Ein- familien- häusern	Zwei- familien- häusern	
Anzahl							
1980	26 685	1 299	583	24 803	11 339	7 126	6 338
1981	23 610	1 356	561	21 693	8 228	7 014	6 451
1982	21 870	1 606	628	19 636	6 194	5 246	8 196
1983	27 052	1 583	467	25 002	7 640	6 714	10 648
1984	20 876	1 447	335	19 094	6 360	5 060	7 674
1985	17 023	1 471	322	15 230	5 792	4 110	5 328
1986	15 694	1 499	310	13 885	6 435	3 868	3 582
1987	13 301	1 280	239	11 782	7 013	2 348	2 421
1988	14 614	1 441	242	12 961	7 550	2 500	2 911
1989	18 235	1 692	344	16 199	7 843	3 010	5 346
1990	24 426	3 325	357	20 744	8 052	3 940	8 752
1991	27 046	3 384	475	23 187	7 393	3 714	12 080
1980 - 1991	250 432	21 353	4 863	224 216	89 839	54 650	79 727
Veränderung zum Vorjahr in %							
1980	4,3	20,8	43,6	1,2	- 7,0	12,3	6,2
1981	- 11,5	4,4	- 3,8	- 12,5	- 27,4	- 1,6	1,8
1982	- 7,4	18,4	11,9	- 9,5	- 24,7	- 25,2	27,1
1983	23,7	- 1,4	- 25,6	27,3	23,3	28,0	29,9
1984	- 22,8	- 8,6	- 28,3	- 23,6	- 16,8	- 26,4	- 27,9
1985	- 18,5	1,7	- 3,9	- 20,2	- 8,9	- 18,8	- 30,6
1986	- 7,8	1,9	- 3,7	- 8,8	11,1	- 5,9	- 32,8
1987	- 15,2	- 14,6	- 22,9	- 15,1	9,0	- 39,3	- 32,4
1988	9,9	10,2	1,3	10,0	7,7	6,5	20,2
1989	24,8	19,9	42,1	25,0	3,9	20,4	83,6
1990	34,0	96,5	3,8	28,1	2,7	30,9	63,7
1991	10,7	1,8	33,1	11,8	- 8,2	- 5,7	38,0

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. - 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

verstärktem Maße auch von den rheinland-pfälzischen Bauherren genutzt. Während in den Jahren 1980 bis 1989 die Zahl der durch Aus-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden geschaffenen Wohnungen ohne größere Veränderungen zwischen 1 300 und knapp 1 700 Wohnungen jährlich blieb, verdoppelte sich die Zahl der genehmigten Wohnungen – auch bedingt durch die Einführung des Förderprogramms im Jahre 1990 – von 1 692 (1989) auf 3 325 Wohnungen. Diese Größenordnung wurde im Jahre 1991 wiederum erreicht. Im Wohnbau wurden 3 233 und im Nichtwohnbau 151 Wohnungsbaumaßnahmen registriert, so daß die Anzahl der eingeplanten Wohnungen mit 3 384 noch knapp über dem Vorjahresergebnis liegt.

Der finanzielle Aufwand für die Bauherren beträgt rund 670 Mill. DM im Wohnbau, die zusätzliche Wohnfläche fast 350 000 Quadratmeter. Je Quadratmeter Wohnfläche waren 1 930 DM zu investieren, fast so viel wie beim Neubau eines Zweifamilienhauses (1 979 DM). Dies läßt vermuten, daß die Ausbauwohnungen gut ausgestattet sind.

Der Anteil der durch Baumaßnahmen entstehenden Wohnungen am gesamten Wohnungsbau betrug im abgelaufenen Berichtsjahr 13 %.

Nachfragerückgang nach Eigenheimen

Bei einer Differenzierung der erteilten Baugenehmigungen nach Gebäudearten wird der Wandel im Wohnungsbau erkennbar. Es gab zwar mehr Genehmigungen im Wohnungsbau, aber weniger an Ein- und Zweifamilienhäusern. So wurden 1991 insgesamt 7 393 Einfamilienhaus- und 3 714 Zweifamilienhauswohnungen geplant. Das sind 8,2 % bzw. 5,7 % weniger als im Vorjahr. Mit zusammen 11 107 Wohnungen lagen die Genehmigungen im Eigenheimbereich sogar niedriger als im Geschoßwohnungsbau mit 12 080 Wohnungen. Eine solche Relation war in keinem Jahr der vergangenen Dekade festzustellen. Der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern an den gesamten Baufreigaben bezifferte sich 1991 auf 32 bzw. 16 %, der Mietwohnungsbau auf 52 %. Berücksichtigt man, daß etwa 50 % der Wohnungen in Zweifamilienhäusern ebenfalls vermietet werden und die Eigennutzungsquote im Geschoßwohnungsbau sehr gering ist (1991 jede zwanzigste Wohnung), ergibt sich bei Neubauwohnungen ein Verhältnis von etwa 40 zu 60 zugunsten des Mietwohnungsbaus.

Ungeachtet der erstmals seit 1985 wieder rückläufigen Entwicklung im Einfamilienhausbau bleibt dieser Bereich für die Bauwirtschaft bedeutsam. So sahen die

Genehmigte Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1980 bis 1991

Jahr	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Davon		
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neuerrichteten	
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden
	Anzahl	%		
1980	26 685	4,9	2,2	92,9
1981	23 610	5,7	2,4	91,9
1982	21 870	7,3	2,9	89,8
1983	27 052	5,9	1,7	92,4
1984	20 876	6,9	1,6	91,5
1985	17 023	8,6	1,9	89,5
1986	15 694	9,6	2,0	88,5
1987	13 301	9,6	1,8	88,6
1988	14 614	9,7	1,7	88,7
1989	18 235	9,3	1,9	88,8
1990	24 426	13,6	1,5	84,9
1991	27 046	12,5	1,8	85,7

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Planungen der Bauherren in den 7 393 Einfamilienhäusern eine Wohnfläche von 1 Mill. Quadratmeter vor. Im gesamten Geschosswohnungsbau (ohne Wohnheime) mit 10 645 Neubauwohnungen war mit rund 780 000 Quadratmeter fast ein Viertel weniger vorgesehen. Entsprechend errechnet sich für eine 1991 geplante Einfamilienhauswohnung eine durchschnittliche Wohnfläche von fast 136 Quadratmeter, für eine Geschosswohnung von 73 Quadratmeter. Jedes neu genehmigte Einfamilienhaus wies einen Rauminhalt von durchschnittlich 847 Kubikmeter auf (Vorjahr 841 Kubikmeter), die Gesamtbauleistung beziffert sich auf knapp 6,3 (6,8) Mill. Kubikmeter. An Räumen hatten die Gebäudeeigentümer insgesamt 44 700 für Wohnzwecke vorgesehen, das sind 6,1 Räume je Einfamilienhaus.

Insgesamt zeigen die Genehmigungszahlen für Einfamilienhäuser mit Ausnahme des Rekordjahres 1980 (mit damals 11 399 Neubauten) von 1981 an ein relativ homogenes Bild. Zwar gibt es auch hier von Periode zu Periode mehr oder weniger starke Schwankungen, jedoch sind diese weniger ausgeprägt als im Mehrfamilienhausbau. Oftmals verhält sich die Bautätigkeit im

Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden 1980 bis 1991

Jahr	Ins- gesamt	Davon in		
		Einfamilien- häusern	Zweifamilien- häusern	Mehrfamilien- häusern ¹⁾
	Anzahl	%		
1980	24 803	45,7	28,7	25,6
1981	21 693	37,9	32,3	29,7
1982	19 636	31,5	26,7	41,7
1983	25 002	30,6	26,9	42,6
1984	19 094	33,3	26,5	40,2
1985	15 230	38,0	27,0	35,0
1986	13 885	46,3	27,9	25,8
1987	11 782	59,5	19,9	20,5
1988	12 961	58,3	19,3	22,5
1989	16 199	48,4	18,6	33,0
1990	20 744	38,8	19,0	42,2
1991	23 187	31,9	16,0	52,1
1980-1991	224 216	40,1	24,4	35,5

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Eigenheimsektor sogar antizyklisch. Beispiele dafür sind die Jahre 1986 und 1987, in denen einer rückläufigen Entwicklung im Geschosswohnungsbau (– 33 bzw. – 32 %) Zuwachsraten von 11 bzw. 9 % bei den Eigenheimen gegenüberstanden. Dabei scheint für den Eigenheimbau der Kapitalmarktzins von besonderer Bedeutung zu sein. Für den Geschosswohnungsbau (Mietwohnungsbau) dürften Renditefaktoren (Miethöhe) und die daran gekoppelten Gebäudewertsteigerungen vorrangig sein.

Quantitative Bauleistungen knapp über dem Vorjahresniveau

Wichtige Indikatoren für die Beurteilung der Wohnungsbautätigkeit sind neben der Anzahl der genehmigten Wohneinheiten die erbrachten bzw. vorgesehenen Bauleistungen wie Rauminhalt und geplante Wohnfläche sowie die für den Bau von Wohnungen vorgesehenen Investitionsbeträge (reine Baukosten).

Die 1991 vorgesehenen Bauleistungen im Wohnungsbau weisen, im Gegensatz zur Anzahl der geplanten Wohnungen, weit geringere Steigerungsraten auf. Die Bauplanungen im Wohnbau sehen insgesamt 12,5 Mill. Kubikmeter Rauminhalt vor, knapp 2 % mehr als 1990. An Wohnfläche werden den zukünftigen Eigentümern bzw. Mietern fast 2,2 Mill. Quadratmeter zur Verfügung stehen, 4 % mehr als die Planungen des Jahres 1990 vorsahen. In die neu entstehenden Wohnungen haben die Bauherren 102 289 Wohnräume eingeplant, gut 5 % mehr als im Vorjahr. Die niedrigeren Steigerungsraten bei Rauminhalt und Wohnfläche sind Ausdruck der Verlagerung hin zum Geschosswohnungsbau, in dem die Mittelwerte von Wohnfläche und Rauminhalt (73 Quadratmeter bzw. 368 Kubikmeter) weit unter den vergleichbaren Ergebnissen von Einfamilienhäusern (136 Quadratmeter bzw. 847 Kubikmeter) und Zweifamilienhäusern (99 Quadratmeter bzw. 560 Kubikmeter) liegen.

Die von den Bauherren aufzubringenden Mittel im Wohnbau wurden, einschließlich der Mehrwertsteuer, auf fast 4,5 Mrd. DM veranschlagt, 7,4 % mehr als im Vorjahr. Diese Steigerung liegt nicht allein im Zuwachs der genehmigten Wohneinheiten begründet, sondern in der Verteuerung der Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche. So mußten für Einfamilienhäuser im Schnitt je Quadratmeter Wohnfläche 2 198 DM (Vorjahr 2 110 DM) kalkuliert werden, Zweifamilienhäuser verteuerten sich je Quadratmeter auf 1 979 DM (1 928), und für Geschosswohnungen hatten die Bauherren 1 805 DM (1 735) je Quadratmeter Wohnfläche zu zahlen.

Vorgefertigte Wohnungen weniger gefragt

Vom Nachfragerückgang nach Eigenheimen waren auch die Hersteller von Fertighäusern betroffen, die traditionell im Einfamilienhausbau stark engagiert sind. So ging der Anteil der Fertighäuser an allen Gebäudefreigaben von 11 % im Jahre 1990 auf 10,4 Prozent zurück, der Wohnungsanteil reduzierte sich von 8,3 % auf knapp 6 %.

Investitionen und quantitative Bauleistung im Wohnbau 1980 bis 1991¹⁾

Jahr	Veranschlagte Baukosten ²⁾	Raum- inhalt	Wohn- fläche	Räume
	Mill. DM	1 000 m ³	1 000 m ²	Anzahl
1980	4 085,7	15 734	2 515,6	118 289
1981	3 759,3	13 239	2 157,4	101 175
1982	3 244,0	10 851	1 783,3	83 749
1983	4 267,9	13 723	2 270,2	107 399
1984	3 341,7	10 614	1 776,1	84 208
1985	2 870,2	9 014	1 484,0	70 541
1986	2 782,0	8 645	1 426,2	66 806
1987	2 593,1	8 030	1 307,8	60 492
1988	2 828,3	8 717	1 422,5	65 522
1989	3 287,8	10 076	1 670,8	77 884
1990	4 148,0	12 318	2 096,1	97 196
1991	4 454,8	12 540	2 180,9	102 289

1) Errichtung neuer Wohngebäude. – 2) Ohne Baunebenkosten, einschließlich gesetzlicher Mehrwertsteuer.

Insgesamt ließen sich die Bauherren, die sich für eine vorgefertigte Bauweise entschieden haben, 1 115 Wohngebäude mit 1 367 Wohnungen genehmigen. Im Jahr 1990 waren 1 236 Wohngebäude mit 1 720 Wohnungen geplant gewesen. Die Nachfrage nach Fertigteilbauten lag bei den Wohngebäuden um 9,8 und bei den Wohnungen um 21 % unter dem Vorjahresergebnis. Die reinen Baukosten der Wohngebäude bezifferten sich auf 330 Mill. DM (1990 : 356 Mill. DM), auf Einfamilienhäuser entfielen davon 245 Mill. DM, auf Zweifamilien-Fertighäuser fast 74 Mill. DM.

Wohnungsbaupolitische Gesamtkonzeption

1991 war insgesamt ein ausgezeichnetes Jahr für den Wohnungsbau, insbesondere für den Bau von Mietwohnungen, sei es im Neubau oder aus dem Gebäudebestand. Allerdings zeigten sich auch 1991 in bestimmten Bereichen Risiken, vor allem in der Eigenheimbautätigkeit. Hierauf wurde mit einem ganzen Maßnahmenbündel reagiert. Zu erwähnen sind die Initiativen zur Verbesserung bei der Förderung nach § 10 e EStG sowie beim Baukindergeld und vor allem der befristete Schuldzinsabzug als spezielles neubauförderndes Element. Außerdem nehmen die Aufgaben der sozialen Wohnraumversorgung zu, die insbesondere in den Ballungsräumen noch dringender geworden sind. Alle Maßnahmen nähren die Zuversicht, daß die Wohnungsbautätigkeit in den kommenden Jahren weiter gestärkt wird. Im einzelnen stellt sich die Gesamtkonzeption zur Wohnungsbauförderung wie folgt dar :

1. Eigenheimförderung

- Degressive Abschreibung nach § 10 e EStG (verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten),

- Schuldzinsabzug für eigengenutzte Wohnungen bis zu 12 000 DM für die ersten drei Jahre nach Fertigstellung bzw. Erwerb,
- Mobilisierung vorhandener Reserven im Eigenheimbereich durch Ausdehnung des § 10 e EStG auf Aus- und Umbau zur Schaffung zusätzlicher abgeschlossener Wohnungen.

2. Mietwohnungsbau

- Aufstockung des Verpflichtungsrahmens 1992 im sozialen Wohnungsbau um 240 Mill. DM auf 2 Mrd. DM,
- Aufstockung des Programms der Kreditanstalt für Wiederaufbau für den Aus- und Umbau um 1 Mrd. DM bei unveränderten Konditionen (3prozentige Zinsverbilligung) zur Förderung der Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen im vorhandenen Gebäudebestand,
- Sonderprogramm für Regionen mit erhöhtem Wohnbedarf von 700 Mill. DM p.a. Bundesanteil bei einer Laufzeit von 3 Jahren mit Länderanteil in gleicher Höhe.

3. Sozialer Wohnungsbau

- Anhebung der Einkommensgrenzen von 140 auf 160 Prozent der geltenden Einkommensgrenzen des 1. Förderungsweges für Eigentumsmaßnahmen im 2. Förderungsweg.

4. Bauland

- Wohnungsbauerleichterungsgesetz vom 17. Mai 1990 zur Beschleunigung der Bauleitplanverfahren für Wohnbauland,
- Städtebauförderungsprogramm zur Umnutzung freierwerdender, bisher militärisch genutzter Flächen,
- Förderung der Baulandbereitstellung durch verbilligte Abgabe bundeseigener Grundstücke insbesondere für den sozialen und studentischen Wohnungsbau (50 % unter dem Verkehrswert).

5. Fehlbelegungsabgabe

- verstärkter Subventionsabbau,
- Förderung der Mobilität im Bestand von Sozialwohnungen,
- Gewinnung von Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau und für den Erwerb von Belegungsrechten.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Einrichtungen und Personal in der Jugendhilfe am Jahresanfang 1991

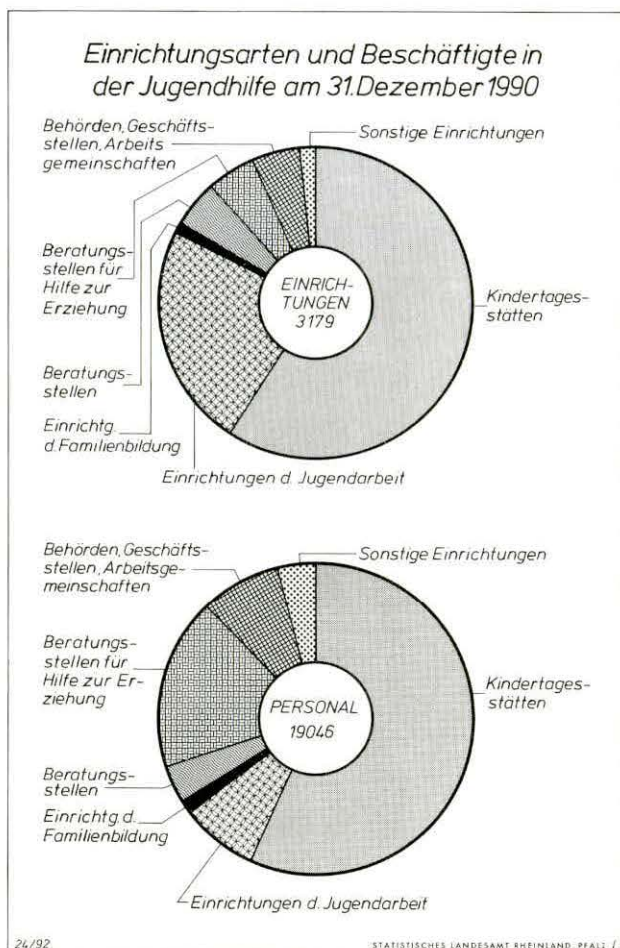
Die Jugendhilfestatistik, die nach der Einführung des zum 1. Januar 1991 in Kraft getretenen neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) reformiert wurde,

erfaßt jährlich die von den Trägern der Jugendhilfe gewährten erzieherischen Hilfen sowie den Aufwand an öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe. Im vierjährigen

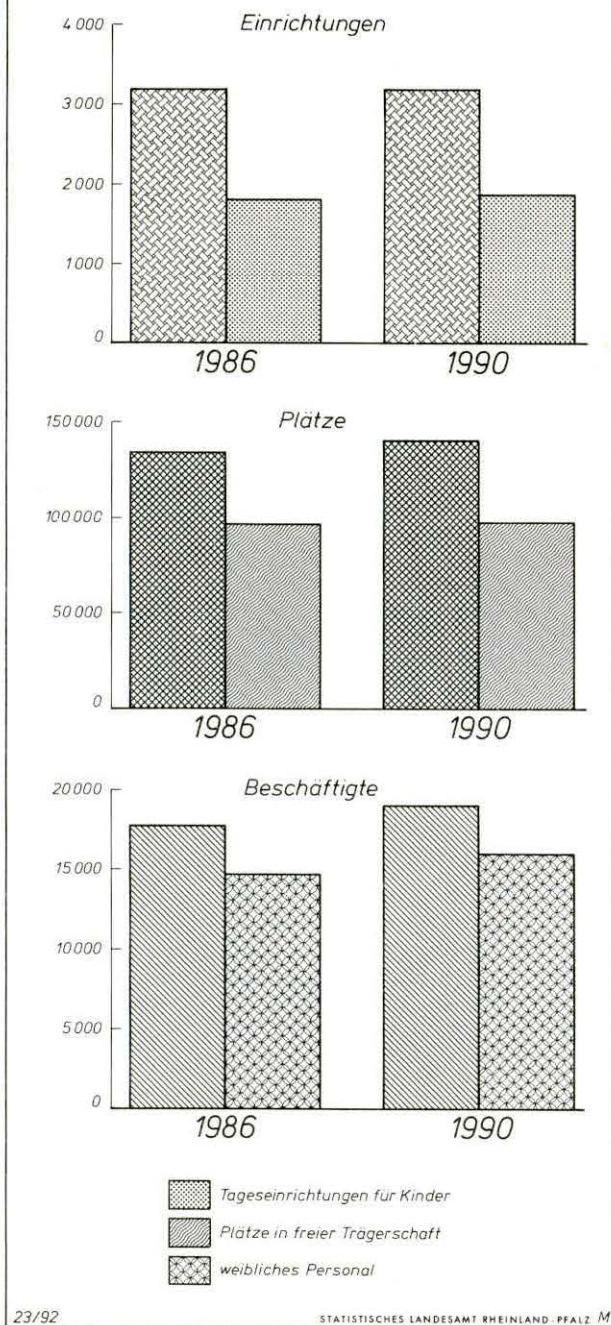
Abstand werden darüber hinaus die wichtigsten Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendarbeit sowie die Einrichtungen und die beschäftigten Personen erfaßt. Die Beschäftigten sind nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Beruf bzw. Ausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereichen gegliedert. Wichtigste Merkmale bei den Einrichtungen sind neben der Anzahl der verfügbaren Plätze, die Art der Einrichtung, die Zahl der Beschäftigten und die Trägergruppen. Der nachstehende Beitrag untersucht die Ergebnisse der Einrichtungs- und Personalerhebung zum Stichtag 31. Dezember 1990.

Zahl der Einrichtungen nahezu konstant

Insgesamt gab es am Jahresende 1990 in Rheinland-Pfalz 3 179 Institutionen der Jugendhilfe, 0,4 % weniger als 1986. Die größte Anzahl entfiel auf Tageseinrichtungen für Kinder (1 883), zu denen 1 713 Kindergärten, 107 Horte, 28 Krippen und 24 Einrichtungen für Kinder mit altersgemischten Gruppen sowie 11 kindergartenähnliche Einrichtungen gehören. Hinzu kommen 296 Jugendheime, 184 Jugendzentren und Freizeitheime sowie 109 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen. In drei Viertel der Einrichtungen sind zwischen 3 und 10 Personen tätig. In öffentlicher Trägerschaft befinden sich 986, in freier 2 157 und in privatgewerblicher 36 Einrichtungen. Von den öffentlichen Trägern werden 645 Einrichtungen von Gemeinden ohne Jugendamt und 325 von örtlichen Trägern unterhalten.



Einrichtungen, Plätze und Beschäftigte der Jugendhilfe 1986 und 1990



Über vier Fünftel der Maßnahmen der freien Träger stellen die Kirchen; mehr als 100 Einrichtungen unterhalten der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und das Deutsche Rote Kreuz.

Freie Trägerschaften dominiert

Die freien Träger unterhielten mehr als doppelt so viele Einrichtungen wie die öffentliche Hand. Differenziert nach den einzelnen Einrichtungsarten sind Unterschiede festzustellen. Bei den Kindertagesstätten hatten die öffentlichen Träger mit 35 % einen überdurch-

schnittlich hohen Anteil. In den anderen Bereichen waren sie dagegen deutlich schwächer vertreten. Dies gilt insbesondere bei Heimen für Kinder und Jugendliche. Dort war das Engagement der privatgewerblichen Träger mit einem Anteil von 19 % besonders groß. Die Anteile bei anderen Einrichtungsarten fallen kaum ins Gewicht. Entsprechend hatten knapp drei Viertel der meisten anderen Einrichtungen einen freien Träger.

97 849 auf freie, 41 833 auf öffentliche und 859 auf privatgewerbliche Träger. Die durchschnittliche Zahl der Plätze je Einrichtung war bei den Tageseinrichtungen (65) – hier insbesondere bei den Kindergärten (68) –, den Heimen für behinderte Kinder und Jugendliche (56) sowie den Kinder- und Jugendheimen (46) am höchsten.

Steigende Zahl der verfügbaren Plätze

Die Einrichtungen der Jugendhilfe stellten 140 541 Plätze bereit, 4,5 % mehr als 1986. Davon entfielen

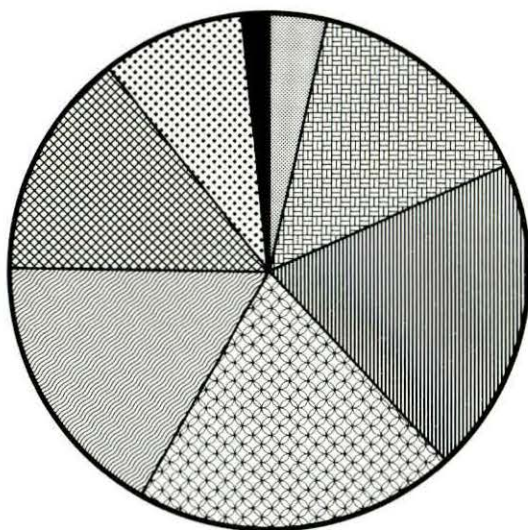
Zahl der Beschäftigten nimmt zu

Das Personal in den 3 179 Einrichtungen umfaßte 19 046 Beschäftigte, was einem Zuwachs von 7,2 %

In der Jugendhilfe tätige Personen am 31. Dezember 1990 nach Alter, Träger und Einrichtungsart

Einrichtungsart	Insgesamt	Im Alter von . . . Jahren			
		unter 20	20 bis unter 40	40 bis unter 60	60 und mehr
Insgesamt					
Tageseinrichtungen für Kinder	10 781	519	8 411	1 803	48
Einrichtungen der Jugendarbeit	1 537	49	1 014	427	47
Einrichtungen der Familienbildung	251	8	121	110	12
Beratungsstellen	771	4	483	267	17
Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung	3 334	92	1 951	1 152	139
Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften	1 591	15	1 013	529	34
Sonstige Einrichtungen	781	36	555	184	6
Z u s a m m e n	19 046	723	13 548	4 472	303
Öffentliche Träger					
Tageseinrichtungen für Kinder	3 623	161	2 827	628	7
Einrichtungen der Jugendarbeit	521	5	375	126	15
Einrichtungen der Familienbildung	–	–	–	–	–
Beratungsstellen	104	1	56	45	2
Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung	242	3	168	67	4
Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften	1 209	7	779	395	28
Sonstige Einrichtungen	154	7	102	44	1
Z u s a m m e n	5 853	184	4 307	1 305	57
Freie Träger					
Tageseinrichtungen für Kinder	7 134	357	5 568	1 169	40
Einrichtungen der Jugendarbeit	987	44	623	293	27
Einrichtungen der Familienbildung	217	8	100	97	12
Beratungsstellen	667	3	427	222	15
Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung	2 984	88	1 714	1 050	132
Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften	376	8	231	132	5
Sonstige Einrichtungen	566	29	408	124	5
Z u s a m m e n	12 931	537	9 071	3 087	236
Privatgewerbliche Träger					
Tageseinrichtungen für Kinder	24	1	16	6	1
Einrichtungen der Jugendarbeit	29	–	16	8	5
Einrichtungen der Familienbildung	34	–	21	13	–
Beratungsstellen	–	–	–	–	–
Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung	108	1	69	35	3
Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften	6	–	3	2	1
Sonstige Einrichtungen	61	–	45	16	–
Z u s a m m e n	262	2	170	80	10

Personal in der Jugendhilfe nach Altersklassen am 31. Dezember 1990



20/92

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M/L

gegenüber 1986 entspricht, von denen 57 % in Kindertagesstätten tätig waren. Die übrigen Beschäftigten waren zum größten Teil in Einrichtungen für die Hilfe zur Erziehung (18 %), der Jugendarbeit (8 %) und in Behörden, Geschäftsstellen sowie Arbeitsgemeinschaften (8 %) eingesetzt. Über zwei Drittel des Personals arbeiteten als Vollzeitkräfte, 28 % als Teilzeitkräfte und 3 % im Nebenberuf. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten war bei allen Trägern nahezu identisch (29 %). Auch innerhalb der Träger ist die Verteilung homogen. Beispielsweise beschäftigen die freien Träger 67 % aller Teilzeit-, Vollzeit- und nebenberuflichen Arbeitnehmer. Die Heime für behinderte Kinder und Jugendliche stellen mit durchschnittlich 41 tätigen Personen je Einrichtung die personalintensivste Einrichtungsart dar, gefolgt von den Kurz-, Genesungs- und Erholungsheimen (40) und den Kinder- und Jugendheimen (34). Insbesondere der überproportionale Zuwachs (33 %) der Teilzeitbeschäftigung führte zu einer Ausdehnung des Personalbestandes. Gegenüber 1986 hat sich die Zahl der weiblichen Beschäftigten um über 1500 Personen auf 16000 erhöht. Der Anteil der in der Jugendhilfe tätigen Frauen erhöhte sich auf 84 %.

Nachwuchsmangel deutlich spürbar

Ein Vergleich der Jahre 1986 und 1990 bezüglich der Altersstruktur verdeutlicht den Mangel an Nachwuchskräften. Der Anteil der unter 20jährigen nahm um 2,6 % ab. Im Alter unter 30 Jahren arbeiteten Ende 1990 bei stark steigendem Bedarf über 500 Personen weniger als vier Jahre zuvor. Ihr Anteil sank von 45 auf 39 %. Diesem Rückgang steht im Alter von 30 bis 40 Jahren ein entsprechender Zuwachs gegenüber. Diese Altersgruppe nahm infolge des Herauswachsens aus der Größenklasse der bis 30jährigen um 5 auf 36 % zu. Im Alter von 40 bis 60 Jahren blieb der Anteil konstant, die Zahl der über 60jährigen nahm ab.

Diese Verschiebungen in der Altersstruktur verliefen bei den einzelnen Trägern unterschiedlich. Die privatgewerblichen Träger haben das höchste Durchschnittsalter. Der Anteil der unter 30jährigen Ende 1990 liegt im Vergleich mit den anderen Gruppen mit 31 % am niedrigsten (öffentliche Träger: 36 %; freie Träger: 40 %), während sie mit ebenfalls 31 % den höchsten Wert bei den tätigen Personen im Alter von 40 bis 60 Jahren haben (freie Träger: 24 %; öffentliche Träger 22 %).

Der Beruf des Erziehers am stärksten vertreten

Bei einer Gliederung der Personalstruktur nach dem Ausbildungsabschluß sind 8308 von den 19046 Beschäftigten Erzieherinnen bzw. Erzieher. 85 % arbeiten in Tageseinrichtungen für Kinder, davon allein 6700 in Kindergärten. Weitere 6,4 % sind in Kinder- und Jugendheimen und 2,8 % in Tageseinrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche tätig. Dabei sind drei Viertel vollzeitbeschäftigt; der Anteil der Frauen beträgt 95 %, von denen 81 % zwischen 20 und 40 Jahre sind. Es überwiegt der Anteil in der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen. Weitere Personalgruppen sind Kinderpfleger (1836), Kräfte ohne abgeschlossene Ausbildung (1782) und Diplom-Sozialpädagogen (1658). Ferner wurden 486 Auszubildende gezählt. Der Beruf des Kinderpflegers wird fast ausschließlich von Frauen und überwiegend in Tageseinrichtungen (89 %), insbesondere in Kindergärten (1541 Personen), wahrgenommen, wovon 4,4 % in Heimen für behinderte Kinder und Jugendliche arbeiten. Fast die Hälfte der Kinderpflegerinnen sind teilzeitbeschäftigt. Das Personal ohne abgeschlossene Ausbildung verteilt sich auf Kindergärten (41 %), Kinder- und Jugendheime (16 %) und Heime für behinderte Kinder und Jugendliche (9 %). Zwei Drittel sind Vollzeitarbeitskräfte, und etwa ein Drittel ist im Alter unter 20 Jahren. Diplom-Sozialpädagogen werden in Jugendämtern (32 %), in Jugendzentren und Freizeitheimen (14 %), in Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen (9 %), in Kinder- und Jugendheimen (8 %) und in Kindergärten (7,5 %) eingesetzt. 77 % sind ganztags beschäftigt, wobei sich der Frauenanteil hier auf 60 % beläuft.

Diese vier Ausbildungsgruppen stellen 71 % des gesamten Personals. Weitere Berufsgruppen sind Fachlehrer (326), Diplom-Pädagogen (241), Psychologen (225), Schwestern und Kinderkrankenschwester (211).

Anteil der Angestellten und Beamten überwiegt

Eine Analyse der sozialen Stellung im Beruf zeigt, daß das Personal in der Jugendhilfe zu 81 % angestellt oder beamtet ist. Der Anteil der Arbeiter beträgt 6 %. In Tageseinrichtungen für Kinder sind rund zwei Drittel der Angestellten und Beamten tätig ; sie stellen hier 88 % des Personals. Zwei Drittel dieses Personenkreises arbeiten bei freien, knapp ein Drittel bei öffentlichen und 1 % bei privatgewerblichen Trägern.

Mehr Plätze für Kinder und Jugendliche in ländlichen Gebieten

In Tageseinrichtungen für Kinder gab es in den Landkreisen 91 086 Plätze, in den kreisfreien Städten hingegen 30 334. Die meisten Plätze stellten die Landkreise Mayen-Koblenz (6 089), Mainz-Bingen (6 076) und der Westerwaldkreis (5 689) bereit.

Die Landkreise haben gegenüber den kreisfreien Städten durchschnittlich einen höheren Dichtewert, der die Zahl der Plätze je 100 Personen im Alter unter 27 Jahren angibt. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz legt für die Jugendhilfe relevante Kinder und Jugendliche auf ein Höchstalter von 27 Jahren fest. Die Stadt Landau weist aber mit 11,9 Plätzen je 100 Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz die höchste Dichte auf. Auf den nächsten Rängen folgen ausschließlich Landkreise.

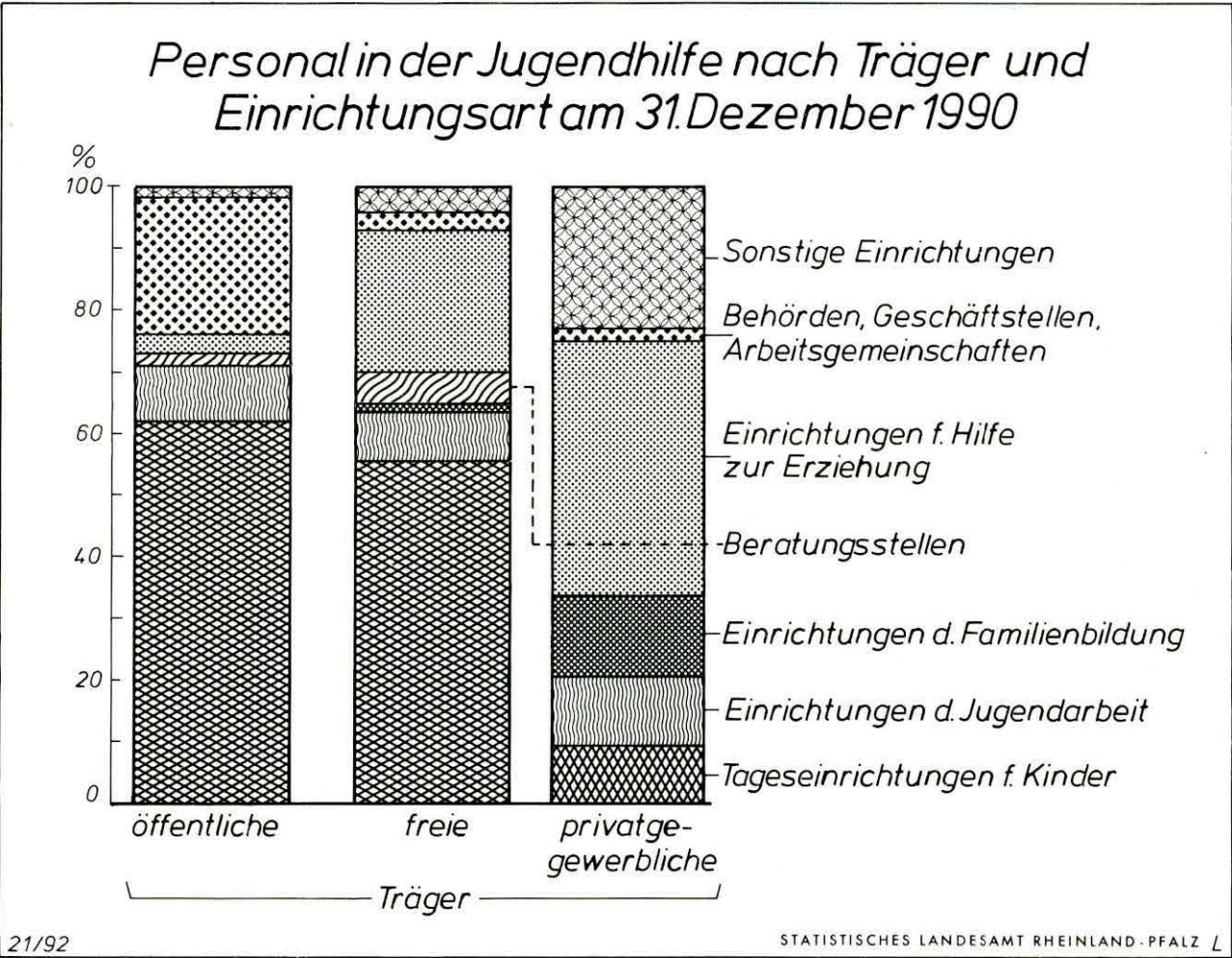
Diese sind : Trier-Saarburg (11,7), Cochem-Zell (11), Gernersheim (10,8), Mainz-Bingen (10,8), Alzey-Worms (10,7), Bitburg-Prüm, Bad Dürkheim und der Donnersbergkreis (je 10,7).

Der Anteil der unter 27jährigen an der Gesamtbevölkerung liegt in elf Landkreisen über einem Drittel. Den höchsten Anteil bei den kreisfreien Städten hatte Trier (33 %). Es zeigt sich, daß das Angebot an Plätzen in den Gebieten am größten ist, die den höchsten Anteil der unter 27jährigen haben.

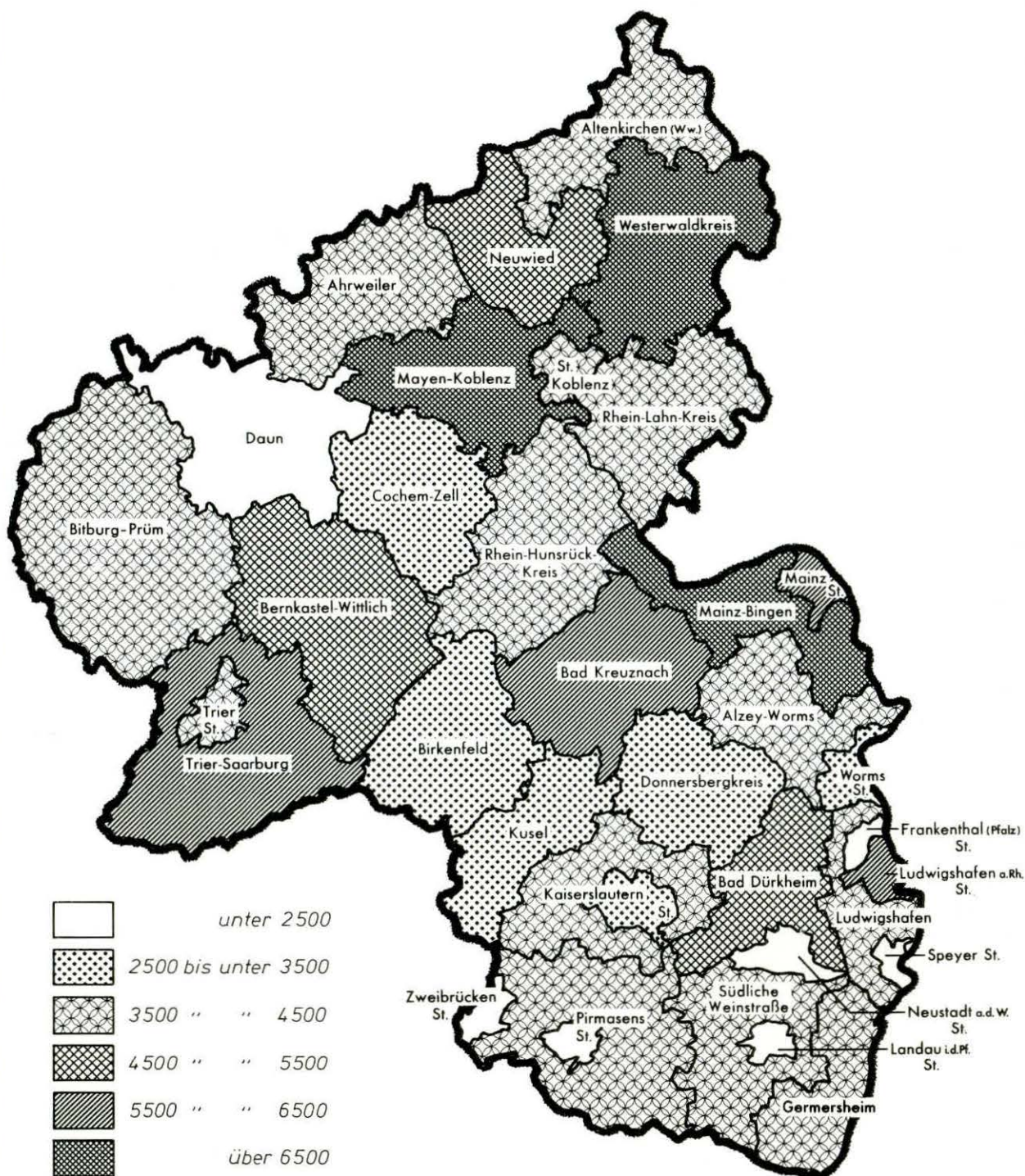
Bei einer Verdichtung auf die Minderjährigen ergibt sich ein differenziertes Bild. Der Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Gebietes ist ebenfalls in den Landkreisen am höchsten. Fast alle Landkreise liegen über dem Landesdurchschnitt von 19 %, während alle kreisfreien Städte einen geringeren Anteil aufweisen. Entgegen dieser Struktur ist die Dichte der verfügbaren Plätze je 100 Kinder und Jugendlicher unter 18 Jahren in den kreisfreien Städten grundsätzlich höher als in den Landkreisen. Die höchste Dichte haben die kreisfreien Städte, Landau (22,2 %) und Trier (21,5 %), gefolgt von dem Landkreis Trier-Saarburg (19,7 %) und der Stadt Kaiserslautern (19,2 %).

Auswirkungen des Kindertagesstättengesetzes

Rheinland-Pfalz hat am 15. März 1991 ein Kindertagesstättengesetz erlassen, das zum 1. August 1993 in



Verfügbare Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen nach Verwaltungsbereichen am 31. Dezember 1990



Durchschnitt der kreisfreien Städte: 2893
Durchschnitt der Landkreise: 4409

Maximum: 7117
Minimum: 1060

In der Jugendhilfe tätige Personen am 31. Dezember 1990
nach ausgewähltem Beruf/ Ausbildungsabschluß, Art der Einrichtung und Beschäftigung

Beruf/ Ausbildungsabschluß	Insgesamt	Tagesein- richtungen für Kinder	Einrich- tungen der Jugend- arbeit	Einrich- tungen der Familien- bildung	Beratungs- stellen	Einrich- tungen für Hilfe zur Erziehung	Behörden, Geschäfts- stellen, Arbeits- gemein- schaften	Sonstige Einrich- tungen
Voll- und Teilzeitbeschäftigte								
Diplom-Sozialpädagogen	1 658	212	276	13	247	215	664	31
Diplom-Pädagogen	241	21	54	4	57	46	50	9
Erzieher	8 308	7 074	81	12	11	865	17	248
Kinderpfleger	1 836	1 636	1	–	–	136	1	62
Kinderkrankenpfleger	211	100	–	–	2	49	1	59
Krankenpfleger	52	–	1	1	–	45	–	5
Fachlehrer	326	17	41	13	41	192	14	8
Psychologen	225	4	6	2	149	42	7	15
Abschluß für den mittleren Dienst	129	–	10	–	3	1	113	2
Abschluß für den gehobenen Dienst	278	–	5	–	–	10	262	1
Hauswirtschaftler	224	9	71	25	–	102	1	16
Kaufmannsgehilfen	256	3	45	12	22	99	64	11
noch in Ausbildung	486	70	124	6	40	170	39	37
ohne abgeschlossene Ausbildung	1 782	834	214	49	22	523	45	95
Teilzeitbeschäftigte								
Diplom-Sozialpädagogen	331	43	80	2	80	21	104	1
Diplom-Pädagogen	56	8	17	–	11	6	12	2
Erzieher	2 169	2 022	35	4	5	79	1	23
Kinderpfleger	811	769	–	–	–	35	–	7
Kinderkrankenpfleger	84	63	–	–	–	13	–	8
Krankenpfleger	10	–	–	–	–	10	–	–
Fachlehrer	102	5	12	1	13	65	2	4
Psychologen	89	2	3	–	59	17	1	7
Abschluß für den mittleren Dienst	28	–	3	–	1	1	22	1
Abschluß für den gehobenen Dienst	21	–	–	–	–	1	20	–
Hauswirtschaftler	55	4	13	2	–	26	–	10
Kaufmannsgehilfen	120	1	11	2	15	57	30	4
noch in Ausbildung	32	2	20	–	2	8	–	–
ohne abgeschlossene Ausbildung	567	62	116	19	16	298	17	39

Kraft treten wird. Als zentrale Neuregelung gilt der Paragraph 5 „Erziehung im Kindergarten“, in dem in Satz 1 fixiert ist: „Kinder haben im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt Anspruch auf Erziehung im Kindergarten.“ Um diesem gesetzlichen Anspruch zu genügen, muß eine entsprechende Anzahl an Kindergartenplätzen zur Verfügung gestellt werden. Hierfür gibt es grundsätzlich zum einen die Möglichkeiten durch größere Gruppen oder neue Gruppen bestehende Kindergärten zu erweitern, zum anderen neue Kindergärten zu bauen. Da die Kindergartenplanungsverordnung die Größe einer zu betreuenden Gruppe auf 25 Kinder limitiert – nur in Ausnahmen ist eine Gruppengröße von 30 möglich – und die Einrichtung neuer Gruppen auf

räumliche Restriktionen stößt, wird sich die Zahl der Kindergärten bis zur nächsten Erhebung im Jahre 1994 deutlich erhöhen. Nach § 9 des Kindertagesstätten-gesetzes sind im Bedarfsplan Standorte für neu einzu-richtende Plätze zu bestimmen. Neben zusätzlichen Plätzen ist auch mit einem erhöhten Personalbedarf zu rechnen. Der vierte Abschnitt „Aufbringung der Kosten“ regelt insbesondere die Personalkosten. Das Land gewährt Zuwendungen in Höhe von 30 %, die Eigenleistung des Trägers soll 15 % und die Eltern-beiträge 20 % abdecken. Die Kommunen erbringen die fehlenden 35 %.

Diplom-Volkswirt Harald Streuf

Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben

Unter Überschriften wie „Der Stall bietet keine Stellen“ oder „Immer weniger Bauern ernähren immer mehr Menschen“ wird häufig über den Strukturwandel in der Landwirtschaft berichtet. Kennzeichnend für diesen

Wandel ist ein stetiger Rückgang der Zahl landwirt-schaftlicher Betriebe und damit einhergehend eine immer geringere Anzahl von Menschen, die mit einer landwirtschaftlichen Tätigkeit befaßt ist.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche

Berichts- zeitraum	Familienarbeitskräfte die im Betrieb, einschließlich Haushalt des Betriebsinhabers, beschäftigt sind						Arbeitskräfte, die keine Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind					
	insgesamt			vollbeschäftigt			insgesamt			ständig beschäftigt		
	insg.	männlich	weiblich	zus.	männlich	weiblich	zus.	männlich	weiblich	zus.	männlich	weiblich
	1 000 Personen											
1949	436,1	199,4	236,7	391,5	169,2	222,2	80,9	41,3	39,7	46,1	31,0	15,1
1956	355,4	175,4	180,0	253,9	125,0	128,9	83,7	35,5	48,2	21,4	15,1	6,3
1960/61	302,5	145,6	156,9	235,0	95,0	140,0	43,0	20,2	22,8	15,2	11,0	4,2
1966/67	260,9	129,2	131,7	185,5	73,8	111,7	40,7	17,4	23,3	13,3	8,7	4,6
1970	211,5	104,7	106,8	132,5	54,4	78,1	25,3	11,5	13,8	9,4	6,6	2,8
1975	169,1	84,2	84,9	96,5	37,8	58,7	56,8	20,9	35,9	6,5	4,7	1,8
1979	137,1	70,1	67,0	77,0	30,6	46,4	27,0	12,6	14,4	7,1	5,0	2,1
1983	124,6	64,9	59,7	67,9	28,8	39,1	27,0	11,2	15,8	6,2	4,3	1,9
1987	107,7	57,4	50,3	58,9	25,8	33,1	25,1	11,5	13,6	5,6	4,1	1,5
1991	89,5	48,0	41,5	46,7	21,4	25,3	21,3	10,7	10,6	4,4	3,1	1,3

Nachfolgend wird aufgezeigt, wie sich die Beschäftigung im Laufe der Zeit verändert hat. Die Arbeitskräfteerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben bilden dafür eine gute Basis. Nach einem Überblick über den Zeitraum von 1949 bis heute wird die derzeitige Struktur des Arbeitskräftebestandes dargestellt.

Jährliche Arbeitskräfteerhebungen

Statistische Erhebungen über die Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben gibt es seit 1949. Sie erfolgen – mit Ausnahme der Jahre einer Landwirtschaftszählung – stets auf repräsentativer Basis. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden hier nur die Ergebnisse der Repräsentativerhebungen verwendet. Wurden die Arbeitskräfteerhebungen zunächst nur in größeren Zeitabständen vorgenommen, erfolgte 1964 der Übergang zu einem zweijährlichen Erhebungsturnus.

Um den im Jahresablauf schwankenden Arbeitskräfteeinsatz besser erfassen zu können, wurden die per Stichprobe ausgewählten Betriebe zunächst in vier verschiedenen Monaten eines Wirtschaftsjahres (Juli, Oktober, Januar, April) befragt. Aus den vier Berichtsmonaten sind dann im Rahmen der Aufbereitung Durchschnittsergebnisse für das Wirtschaftsjahr gebildet worden. Vom Wirtschaftsjahr 1972 / 73 an beschränkte man sich auf zwei Berichtsmonate, weil Alternativaufbereitungen bei einer Verringerung der Berichtsmonate kaum Informationsverluste gezeigt hatten. Ausgewählt wurden der April (Frühjahrsbestellung) und der Oktober (Hackfrucht- und Weinernte). Seit der Landwirtschaftszählung 1979 erfolgt die Arbeitskräfteerhebung jährlich für einen Berichtszeitraum von vier Wochen, die ganz oder teilweise in den Monat April fallen. Rechtliche Grundlage für die Arbeitskräfteerhebung ist derzeit das Gesetz über Agrarstatistiken von 1989.

Ziel der Arbeitskräfteerhebung ist der Nachweis der in landwirtschaftlichen Betrieben lebenden und arbei-

tenden Menschen. Es wird dabei unterschieden zwischen

- den Betriebsinhabern und ihren auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen (Familienarbeitskräfte),
- den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind (ständige familienfremde Arbeitskräfte) und
- den nicht ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind (nicht ständige familienfremde Arbeitskräfte).

Erfragt werden für die beiden ersten Gruppen im wesentlichen jeweils das Geschlecht, das Alter, Angaben über die geleisteten Arbeitsstunden pro Woche in den Tätigkeitsfeldern Betrieb, Haushalt und anderweitige Erwerbstätigkeit sowie die Nichtbeschäftigung. Aufgrund dieser Daten lassen sich dann die Personen den verschiedenen Bereichen als Voll- oder Teilbeschäftigte zuordnen, zusätzlich kann die Altersstruktur dargestellt werden. Bei den ständigen familienfremden Personen erfolgt lediglich die Angabe der Gesamtzahl nach Geschlecht und im Betrieb geleisteter Arbeitszeit.

Langfristige Entwicklung

Die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben einschließlich der im Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigten Personen ging binnen gut 40 Jahren deutlich zurück. Da sich im Zeitablauf mehrfach die untere Erfassungsgrenze geändert hat, können nur die Arbeitskräfte der Betriebe ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) miteinander verglichen werden. Bei den Zahlen für 1991 handelt es sich um vorläufige Angaben aus einer Vorwegaufbereitung aus dem Datenmaterial der Landwirtschaftszählung 1991. Eine Darstellung der im Betrieb (ohne Haushalt) beschäftigten Personen ist erst seit 1971 möglich.

Im Jahre 1949 waren noch weit über eine halbe Million Menschen im Betrieb (einschließlich Haushalt) tätig,

1991 noch gut hunderttausend. Dies entspricht einer Verringerung um 79 %. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Betriebe um rund 76 % von 211 000 auf 51 600 ab.

Den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeiten erledigen nach wie vor die Familienarbeitskräfte. So ließen sich 1949 etwa 84 % und 1991 rund 81 % aller Arbeitskräfte den Familienarbeitskräften zuordnen. Der Rückgang beruht auf der relativen Zunahme der nicht ständig beschäftigten familienfremden Personen. Der Anteil ständig beschäftigter familienfremder Arbeitskräfte an den Arbeitskräften insgesamt nahm um 5 Prozentpunkte auf 3,9 % ab. Der Anteil der nicht ständig Beschäftigten erhöhte sich indes.

Diese Veränderung läßt sich durch den technischen Fortschritt und die zunehmende Spezialisierung der Betriebe erklären. Normalerweise reicht die Arbeitskapazität der Familie aus, um die regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten erledigen zu können. Nur in den Arbeitsspitzen muß der Produktionsfaktor Arbeit zugekauft werden. Andererseits ist die ständige Beschäftigung einer oder mehrerer familienfremder Personen für viele Betriebe nicht mehr rentabel.

Unterschiede je nach Betriebsgrößenklasse

In den einzelnen Betriebsgrößenklassen hat sich die Beschäftigung unterschiedlich entwickelt. Mit der zunehmenden Zahl größerer Betriebe hat sich auch deren Arbeitskräftebestand erhöht. So nahm die Zahl der Arbeitskräfte in Betrieben, die mehr als 30 ha LF bewirtschafteten, zwischen 1971 und 1991 zu. Obwohl sehr viele Arbeitskräfte den landwirtschaftlichen

Bereich verließen und die Betriebe größer wurden, nahm der Anteil der im Betrieb vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte weiter ab. Zwischen 1971 und 1991 sank der Anteil vollbeschäftigter Familienarbeitskräfte von 33 % auf 26 %. Dabei sind Teilzeitbeschäftigte vorwiegend in den kleinen Betrieben zu finden. Gaben 1991 in den Betrieben bis 2 ha LF 92 % der Familienarbeitskräfte eine Teilbeschäftigung an, sind es in den großen Betrieben mit 50 und mehr ha LF etwa 50 %.

Ähnliches gilt auch für die Familienarbeitskräfte mit einer Erwerbskombination. Von den insgesamt 24 500 Familienarbeitskräften in Betrieben bis 2 ha LF war ein knappes Drittel außerhalb des Betriebes vollbeschäftigt, in den Betrieben mit mehr als 50 ha LF war es nicht einmal jeder Zehnte.

Arbeitsleistung hat sich mehr als halbiert

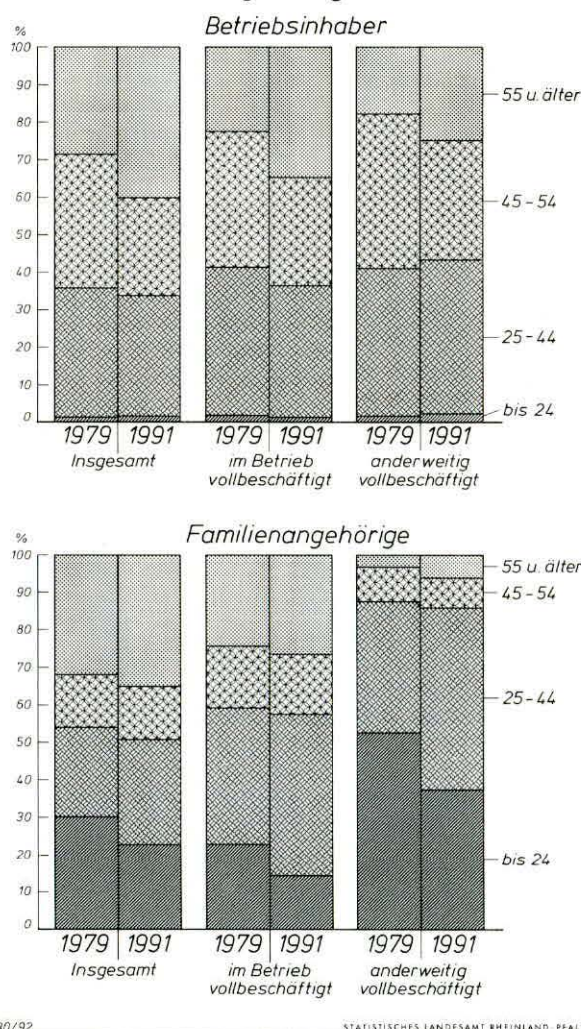
Die tatsächliche Arbeitsleistung wird durch die Vollarbeitskräfte(AK)-Einheit dargestellt. Mittels dieser Maßzahl können Teilbeschäftigte in Vollbeschäftigte umgerechnet werden. Definiert ist eine AK-Einheit als die Arbeitsleistung einer in der Landwirtschaft vollbeschäftigten Person im Alter von 16 bis 65 Jahren. Vollbeschäftigte Rentner bewertet man mit 0,3 AK-Einheiten, vollbeschäftigte Jugendliche mit 0,5 AK-Einheiten, die Teilbeschäftigten entsprechend ihrer geleisteten Arbeitsstunden.

Nach dieser Rechnung hätten 1991 anstelle der 125 000 Arbeitskräfte 54 900 Vollbeschäftigte ausgereicht, um die anfallenden betrieblichen Arbeiten erledigen zu können. Dies entspricht 1,1 AK-Einheiten je Betrieb.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1971 und 1991

Betriebsgrößen- klasse nach der landwirt- schaftlich genutzten Fläche in ha	Berichts- zeit- raum	Familienarbeitskräfte						Ständige Arbeitskräfte, die keine Familien- angehörigen des Betriebs- inhabers sind		Betriebliche Arbeits- leistung
		im Betrieb einschließlich Haushalt des Betriebs- inhabers beschäftigt		im Betrieb beschäftigt		im Betrieb und anderweitig erwerbstätig				
		ins- gesamt	voll- beschäftigt	zu- sammen	voll- beschäftigt	zu- sammen	anderweitig vollbeschäftigt	ins- gesamt	voll- beschäftigt	1 000 AK- Einheiten
		1 000 Personen								
unter 2	1971	41,7	18,2	35,2	5,2	13,0	-	1,4	0,6	16,0
	1991	29,7	8,9	24,5	2,0	9,9	8,0	1,3	0,3	7,9
2-5	1971	62,0	29,4	54,0	10,7	18,8	-	1,6	0,8	26,7
	1991	21,9	8,2	17,9	3,2	7,3	5,8	0,7	0,3	8,0
5-10	1971	57,7	33,8	50,9	15,8	13,5	-	1,8	1,0	30,1
	1991	17,9	8,1	14,9	3,5	5,7	4,6	0,7	0,3	8,2
10-20	1971	58,4	42,6	52,1	24,6	6,3	-	1,9	1,0	36,0
	1991	16,6	8,3	14,1	4,3	4,4	3,4	0,8	0,4	8,9
20-30	1971	24,1	19,3	20,9	11,7	1,3	-	1,2	0,9	16,2
	1991	10,2	6,3	8,9	3,6	2,0	1,3	0,5	0,3	6,2
30-50	1971	8,3	6,6	7,2	4,1	0,3	-	1,2	0,7	6,2
	1991	12,8	8,7	11,1	5,3	1,4	0,9	0,6	0,3	8,2
50 und mehr	1971	1,0	0,8	0,8	0,5	0,1	-	1,5	1,2	2,0
	1991	10,1	7,1	8,9	4,5	0,9	0,6	1,1	0,7	7,4
Insgesamt	1971	253,3	150,7	221,1	72,6	53,1	-	10,8	6,2	133,5
	1991	119,3	55,5	100,1	26,3	31,7	24,7	5,6	2,6	54,9

Altersstruktur der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen 1979 und 1991



Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche wurden im Durchschnitt 7,7 AK-Einheiten je 100 ha eingesetzt. Im Vergleich zu 1971 (16,4) hat sich der AK-Besatz mehr als halbiert. Die über alle Betriebsgrößen gemittelte Zahl ist für sich genommen wenig aussagekräftig, da der AK-Besatz in den Betrieben sehr stark schwankt. So sind in den Betrieben über 100 ha LF derzeit 2,0 AK-Einheiten vorhanden. Auf der anderen Seite

verfügten die Betriebe bis 2 ha LF über 56 AK je 100 ha LF. Der hohe AK-Besatz erklärt sich hier aus der Vielzahl kleiner Betriebe mit arbeitsintensiven Sonderkulturen.

Altersstruktur

Neben Anzahl und Arbeitsleistung der Beschäftigten ist u.a. zur Abschätzung der künftigen Entwicklung auch die Altersstruktur der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte von Interesse. Insbesondere die Zahl der Betriebsinhaber, die älter als 45 Jahre sind, steht dabei im Blickpunkt. Dieser Personenkreis hat bei einem nicht mehr ausreichenden betrieblichen Einkommen kaum die Möglichkeit, eine außerbetriebliche Tätigkeit aufzunehmen. Mit 66 % stellen sie nach wie vor die meisten Betriebsinhaber. Seit 1979 ist dieser Anteil geringfügig angestiegen. Verschiebungen hat es jedoch innerhalb dieser Gruppe gegeben. So sind heute allein 40 % älter als 55 Jahre gegenüber 29 % im Jahre 1979. Im Rentenalter stehen 4 000 Betriebsinhaber (8,2 %). Bedenkt man jedoch, daß 87 % von ihnen nur über Betriebe bis zu 5 ha LF verfügen und damit in den meisten Fällen nicht dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) unterliegen, ergibt sich ein anderes Bild.

Im Gegensatz dazu sind nur wenige Menschen unter 24 Jahren (1,5 %) Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes. Diese Altersgruppe trägt jedoch durch die Kombination von betrieblicher und außerbetrieblicher Tätigkeit ganz erheblich zum Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte bei. Allein 32 % der Familienangehörigen mit einer Erwerbskombination sind jünger als 24 Jahre.

Die Zahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte wird in den nächsten Jahren weiter abnehmen. Gleichzeitig werden sich Erwerbskombinationen häufen, da die vorhandene Größe eines Betriebes oft nicht ausreicht, alle Familienangehörigen voll zu beschäftigen. Der immer größer werdende Einkommensabstand zwischen dem landwirtschaftlichen und dem nichtlandwirtschaftlichen Sektor führt dazu, daß immer mehr junge Menschen eine außerlandwirtschaftliche Ausbildung ergreifen und der Landwirtschaft entweder ganz den Rücken kehren oder auf diese Weise zumindest das verfügbare Einkommen des landwirtschaftlichen Haushaltes erhöhen.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Die Einbindung des Arbeitsplatz-Computers in den Datenverarbeitungsprozeß – ein allgemeiner Überblick

DV-technologische Entwicklungstendenzen

Unser Gesellschaftssystem ist heute ohne Computer kaum noch vorstellbar. Die automatische Datenverarbeitung hat in den letzten 2 Jahrzehnten alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft durchdrungen. Diese Entwicklung verlief allerdings nicht kontinuierlich. War der Einsatz der automatischen Datenverarbeitung Anfang

der 70er Jahre nahezu ausschließlich mit dem Begriff des Rechenzentrums verbunden, so hieß der Schlüsselbegriff Ende der 70er Jahre „Distributed Processing“. Der Einsatz von sogenannten „Minis“ (= Computer der Mittleren Datentechnik) in Wirtschaft und Verwaltung sollte zur kostengünstigen Bewältigung von Anwenderstaus und Software-Krisen beitragen. Daß dem nur in Teilen so war, ist allenthalben bekannt.

Seit etwa 10 Jahren gewinnt nun eine weitere dv-technologische Entwicklung an Boden, die mit den Begriffen Personal-Computer, Mikro-Computer und Arbeitsplatz-Computer verbunden ist. Grundvoraussetzung für diese Systeme ist die rasante Entwicklung auf dem Gebiete der Mikroelektronik, vor allem der Mikroprozessoren und der Speicher-Chips. Aus den anfänglich eher als Spielzeug belächelten Computern auf Mikroprozessorbasis – man denke an die Heim-Computer-Euphorie – entwickelten sich zwischenzeitlich „Kraftprotze“ (nicht viel größer als eine Schreibmaschine), die über die Verarbeitungsgeschwindigkeit von Großrechnern der 70er Jahre verfügen (wobei diesem Vergleich mit Vorsicht zu begegnen ist). Bereits heute ist es möglich, auf einer Bildplatte von der Größe einer in der Unterhaltungselektronik üblichen Compact-Disk (CD) 2 bis 3 Milliarden Zeichen für den Direktzugriff unterzubringen (zum Vergleich: eine Schreibmaschinenbeschriebene DIN-A 4-Seite enthält rund 3 000 Zeichen). Die Produktion der auf Mikroprozessor-Technologie basierenden Klein- und Kleinst-Computer sowie der zu ihrem Betrieb erforderlichen Software hat sich zwischenzeitlich zu einem eigenständigen Zweig der Computerbranche mit Milliarden-Umsätzen entwickelt.

Es ist zu erwarten, daß im kommenden Jahrzehnt die Rechner und ihr Anwendungsspektrum noch leistungsfähiger und vielseitiger werden. Damit wird die Datenverarbeitung gleichzeitig zunehmend zum Allgemeinut, das breiten Schichten der Bevölkerung privat und beruflich zu eigen und allgegenwärtig wie das Telefon sein wird. Formen der visuellen und sprachlichen Kommunikation werden den Umgang mit dem Computer wesentlich vereinfachen. Leistungsfähige Netze – wie sie z. B. die TELEKOM im Rahmen des ISDN aufbaut – werden es den Computeranwendern ermöglichen, miteinander zu kommunizieren. Hierbei wird die Verbindungsaufnahme zum Zentralrechner und der Zugriff auf die dort vorgehaltenen Daten genauso selbstverständlich wie die Kommunikation zwischen den Arbeitsplatzrechnern räumlich entfernt voneinander arbeitender Personen werden. Es können sehr viele Funktionen, die noch vor 10 Jahren im Rahmen von Stapelverfahren atomisiert wurden, wieder an einem Arbeitsplatz zusammengefaßt werden. Bei einer solchen ganzheitlichen Vorgangsbearbeitung lassen sich Übertragungs- und Einarbeitungszeiten reduzieren, da die Vorgangskette wieder weitgehend geschlossen von einem Mitarbeiter bearbeitet werden kann. Dies allerdings bedingt, daß die dafür notwendigen Rahmenbedingungen – zu denken ist an die Relevanz des Datenschutzes – zu schaffen sind.

Formen der Bereitstellung von Computerleistung

An den Bedürfnissen des Endbenutzers orientierte Datenverarbeitung stellt Rechnerleistung am Arbeitsplatz und damit dezentral zur Verfügung. Technisch kann diese Bereitstellung mittels unterschiedlicher Rechnersysteme, die ihrerseits verschiedene dv-technische Einsatzformen aufweisen können, erfolgen:

- Arbeitsplatzrechner:
- isolierte Einplatzsysteme
- vernetzte Einplatzsysteme

- Abteilungs- / Behördenrechner:
- Mehrplatzsysteme mit „dummen“ Bildschirmterminals
- Mehrplatzsysteme im Terminal-Emulationsverbund mit Einplatzsystemen
- Mehrplatzsysteme im Datenverbund (einschließlich Terminal-Emulation) mit vernetzten Einplatzsystemen
- Haupt- / Zentralrechner:
- „dumme“ Terminalsysteme
- Terminal-Emulation auf Arbeitsplatz- und Abteilungs- / Behördenrechnern
- Datenverbundsysteme mit isolierten und/oder vernetzten Arbeitsplatz- und/oder Abteilungs- / Behördenrechnern.

Bei isolierten Einplatzsystemen werden Mikro-Computer für Datenverarbeitungsaufgaben ohne Leitungsverbund zu anderen Datenverarbeitungseinrichtungen inselartig genutzt. Die gesamte Verarbeitungsleistung wird autonom am Ort des Bedarfs erbracht. Das System arbeitet exklusiv für einen oder – bei zeitlich hintereinander wechselnden Bedienern – für wenige Benutzer. In Abhängigkeit vom eingesetzten Betriebssystem und der verfügbaren Hardware ist eingeschränkter oder uneingeschränkter Mehraufgabenbetrieb möglich.

Die Isolation des Einplatzsystems kann – läßt man die Möglichkeit des Datenträgersaustausches außer acht – durch Vernetzung aufgelöst werden. Erfolgt diese Vernetzung lokal, d.h. auf dem Betriebsgelände, so entsteht ein lokales Netz. Motiv für diese Vernetzung kann der Bedarf an Kommunikation mit anderen Arbeitsplätzen oder die Benutzung gleicher Ressourcen (z. B. Datenbestände, Speichergeräte, Druckperipherie) sein.

Als Abteilungs- oder Behördenrechner eingesetzte Mehrplatzsysteme ermöglichen es mehreren Benutzern, gleichzeitig mit ein- und demselben DV-System zu arbeiten. Die Hardware besteht aus einem leistungsfähigen Mikro-Computer oder einem Rechner der mittleren Datentechnik. Im Rahmen des Online-Betriebes erfolgt der Zugang zum Mehrplatzsystem über ein – keine eigenen Verarbeitungsfähigkeiten besitzendes – sog. „dummes“ Bildschirmterminal, ein im Wege der Emulation angeschlossenes Bildschirmterminal (bestehend aus einem Arbeitsplatzcomputer) oder im Zuge eines Datenverbundes (wobei das Netz seinerseits Mehrplatzsysteme beinhalten kann). Bei der Terminal-Emulation werden lediglich die Ein- und Ausgabekapazität der angeschlossenen Computer genutzt, beim Datenverbund hingegen auch deren Verarbeitungsleistung. Bei letzterem sind unterschiedliche Integrationsstufen möglich (z. B. individuelle Verarbeitung von Daten, die auf die Speicherperipherie des Arbeitsplatzcomputers transferiert werden).

Hauptrechner / Zentralrechner sind Groß-Computer, welche die Rechnerleistung zentral bereitstellen. Sie erfordern besondere Rahmenbedingungen, z. B. hinsichtlich Klimatisierung und Qualität der Stromversorgung. Im Online-Betrieb können diese Rechner genutzt werden durch sogenannte „dumme“ Bildschirmterminals, im Rahmen einer (auf Arbeitsplatz- oder Abteilungs- / Behördenrechnern realisierten) Terminal-Emu-

lation oder im Wege eines arbeitsteiligen Datenverbundes. Die Benutzung eines Zentralrechners kann in Form eines Teilhaber- oder eines Teilnehmersystems erfolgen, was auch die Möglichkeit der sog. „INDIVIDUELLEN DATENVERARBEITUNG über Mainframe“ beinhaltet. Letzteres bietet dem Endbenutzer die Möglichkeit einer selbst initiierten und gesteuerten Auswertung vorhandener Datenbasen, z. B. für planerische Aufgaben.

Die Bezeichnungen Arbeitsplatz-, Abteilungs-, Behörden- und Zentralrechner sollen zum Ausdruck bringen, daß es für unterschiedliche Organisationseinheiten sowie verschiedene Grade an Integrationsbedarf nach der quantitativen und qualitativen Leistungsfähigkeit differenzierbare DV-Anlagen gibt. Diese Begriffe sind im Zusammenhang mit der Diskussion zum Thema Bürokommunikation und -automation entstanden und

lehnen sich an das begriffliche Instrumentarium der betriebswirtschaftlichen Organisationslehre an.

Die oben angeführten dv-technischen Verteilungsformen von Datenspeicherung und / oder Verarbeitungskapazität können lokal, d.h. innerhalb eines begrenzten räumlich zusammenhängenden Territoriums einer Behörde, Hochschule, Unternehmung usw. oder remote, d.h. unter Inanspruchnahme regionaler, nationaler oder internationaler Datenübertragungseinrichtungen (Kommunikationsnetze) realisiert werden.

Kriterien für die Verteilung der Aufgaben auf unterschiedliche DV-Systeme

Jede Form der dezentralen Bereitstellung von DV-Kapazität verfügt über ihre individuellen betriebs-

Aufgabenverteilung „Zentral – Dezentral“

Funktion	Struktur der EDV		
	Arbeitsplatzrechner (dezentrale Insellösung)	Behörden- oder Zentralrechner (zentrale Lösung)	Verbundlösung (verteilte Verarbeitung)
System-STEUERUNG: Planung und Koordinierung, Verfahrensentwicklung, Betriebssteuerung Betreuung	eigenverantwortlich; lokal, unkoordiniert; Problem: Wildwuchs, Inkompatibilität, Doppelarbeit, Datenschutz/-sicherung, Mitarbeiterabhängigkeit, mangelnde Gesamtverantwortung	übergeordnet, zentral, koordiniert Problem: unflexibel, aufwendig, oftmals als unfreundlich empfunden, uniform	dezentral autonome Anwendung, lokale Betriebssteuerung zentral Beratung, Koordinierung, Informations- und Datenmodellierung, amtsweite Anwendungen, Systemkonzept und -auswahl, Steuerung gemeinsamer Ressourcen
Daten-SPEICHERUNG: Persönliche und kollektive Archive, Datenbanken	alles lokal Problem: beschränkte Kapazität, aufwendige Mehrfachspeicherung an jedem Arbeitsplatz, Inkonsistenz der Daten, teure Datenspeicherung	alles zentral Problem: Verfügbarkeit, hohe Transportkosten, Überlastung der Zentrale	dezentral Daten lokaler Relevanz, Auszüge zentraler Daten mit dem Ziel temporärer Arbeitsdateien, nur lesender Zugriff auf zentrale Datenbasis zentral Daten globaler Relevanz, Daten hoher Homogenitätsanforderung
Daten-VERARBEITUNG: Mensch-Maschine-Interaktion, Programmablauf	nur lokal Problem: Transport von Input und Output bei zentraler Unterstützung, Flaschenhals: Datenspeicher, beschränkte Leistung	nur zentral Problem: respektive Anwendungen, vor- und nachgelagerte DV-Schnittstellen, hohe Komplexität, Problem: Benutzerschnittstelle, hohe Transportkosten, Flaschenhals Zentrale, Störung des Gesamtsystems bei Ausfall der Zentrale	dezentral autonome Anwendung mit hoher Interaktion, experimentelle Anwendungen, niedrige Komplexität, Verarbeitung lokaler Daten, hohe Anforderungen an die Benutzerschnittstellengestaltung zentral Verarbeitung zentraler Datenbestände, hohe Verarbeitungsleistung, Ausgabe-/durchintensive Anwendungen
Daten-KOMMUNIKATION: Austausch von Daten auf elektronischem Weg – amtsintern und -extern	gar nicht Problem: Informationsmangel, Kommunikationsbrüche, geringe Aktualität	hierarchisch Informationsaustausch nur über Zentrale Problem: umständlich, hohe Kosten, Verfügbarkeit der Zentrale zwingend erforderlich	dezentral Teamwork, Zugang zu öffentlichen Netzen zentral Berichte, zentrale Dienstleistungen (Netzwerküberwachung/-steuerung), Datenbankzugriff

wirtschaftlichen, organisatorischen, benutzerspezifischen, aufgabenbezogenen sowie soft- und hardware-technischen Aspekte. Es gibt gegenwärtig nicht (und wird es wohl auch in Zukunft nie geben) das alles beherrschende DV-System bzw. die universelle dv-technische Einsatzform. Reale Lösungen werden immer Mischformen sein. Somit handelt es sich bei der Ausgestaltung der dezentralen Bereitstellung von DV-Kapazitäten – finanzielle Restriktionen zunächst außer acht gelassen – nur vordergründig um ein dv-technisches Problem (wenn auch die Dimension dieses Aspekts nicht unterschätzt werden sollte). Das primäre Problem liegt vielmehr in der Aufbau- und Ablauforganisation. Hierzu gehören Fragen der räumlichen Ansiedlung, inhaltlichen Ausgestaltung, der personellen Besetzung, der Service-Funktionen, der Hard- und Software-Auswahl, Software-Entwicklung / -Pflege, Anwenderschulung sowie Anwenderunterstützung. Nur eine Analyse der zu automatisierenden Aufgabe sowie die Erstellung eines informationstechnischen Gesamtkonzepts erlauben eine sinnvolle Aussage über die im Einzelfall richtige Ausgestaltung der Automationslösung.

Aus realen Aufgabenstellungen lassen sich einige globale Anhaltspunkte zur technischen Ausgestaltung eines Datenverarbeitungskonzepts ableiten.¹⁾

Datenverarbeitungsfunktionen mit hohem Koordinierungsbedarf erfordern große Rechner- und Speicherleistungen, stellen hohe Anforderungen an die (zeitliche, räumliche, sachliche) Datenhomogenität, die Datensicherung und den Datenschutz, da sie von mehreren Anwendern in einheitlicher Form benötigt werden. Sie sollten dv-technisch zentral abgewickelt werden. Als Beispiele seien Aufbau und Betrieb von Informationssystemen (z. B. des Landesinformationssystem, LIS) genannt. Der innerhalb eines organisatorischen Gebildes (z. B. einem Ressort und dessen nachgeordneten Behörden) oder im Rahmen einer über mehrere Hierarchiestufen abgewickelten Aufgabe für notwendig erachtete Integrationsgrad bestimmt im Einzelfall, ob eine Aufgabe z. B. mit einem Abteilungs- / Behördenrechner, einem Zentralrechner oder im Rahmen eines Verbundes abzuwickeln ist.

Endbenutzerorientierte Funktionen (wie z. B. Tabellenkalkulationen und Textverarbeitung) sind verarbeitungstechnisch so nahe wie möglich an den Benutzer des DV-Systems heranzutragen.

Arbeitsplatz-Computer können folgende aufgabenorientierte Einsatzformen aufweisen:

- Einsatz als isoliert oder vernetzt arbeitendes dediziertes System (z. B. im Rahmen einer ausschließlichen Nutzung für Textverarbeitung innerhalb einer Schreibkanzlei),
- Einsatz als isoliert oder vernetzt arbeitender Universalrechner für kleinere Organisationseinheiten,
- Einsatz als Kommunikationsrechner,
- Einsatz als Entwicklungsrechner für Groß-DV-Systeme,

- Einsatz als Ergänzung zu übergreifenden Host-Anwendungen,
- Einsatz als integrierter Bestandteil übergreifender Hostanwendungen.

Nachfolgend wird die Verteilung von Aufgaben zwischen Arbeitsplatz-Computer und Host-Computer schwerpunktmäßig behandelt, es werden also die beiden zuletzt genannten Ersatzformen näher betrachtet.

Als Ergänzung zu übergreifenden Hostanwendungen ist der Arbeitsplatz-Computer nicht in den logischen Ablauf der auf dem Host abgewickelten Anwendungssoftware eingebunden. Er stellt lediglich zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten anhand gesondert für diese Zwecke hostseitig eingerichteter Dateien zur Verfügung. Die Daten werden auf dem Host selektiert und im Rahmen eines File-Transfers auf den Arbeitsplatz-Computer übertragen. Typisch für diese Form ist die Versorgung von Grafiksystemen, Tabellenkalkulationsprogrammen oder statistischen Auswertungsverfahren mit Daten.

Ist der Arbeitsplatz-Computer dagegen Bestandteil übergreifender Hostanwendungen, so werden bereits bei der Systemgestaltung seine spezifischen Fähigkeiten und Eigenheiten in die Gesamtsystemkonzeption einbezogen. Diesbetreffende Ansätze werden vielfach im Zusammenhang mit dem Begriff „Client / Server-Architektur“ diskutiert, wobei diese Bezeichnung auf eine – im Rahmen von DV-Verfahren zu praktizierende – Rollenverteilung hinweist. Anwendungen, die bisher zur Gänze auf einem lokalen System abliefen, werden zukünftig in dezentrale Teile (Client) auf dem Arbeitsplatz-Computer (bzw. einem UNIX-Mehrplatzsystem) und zentrale Teile (Server) auf dem Host zerlegt. Beliebige Verteilungen der Datenverarbeitungsfunktionen auf Arbeitsplatz-Computer, Abteilungsrechner und Zentralrechner sind möglich. Die schwächste Form der Arbeitsteilung liegt vor, wenn der Arbeitsplatz-Computer ausschließlich zur Entlastung des Host beiträgt, indem er bestimmte Präsentationsfunktionen (z. B. die Maskenaufbereitung) übernimmt, während Verarbeitung und Datenzugriff weiterhin zentral erfolgen. Bei der nächsten Ausbaustufe – der sog. Anwendungsverteilung – werden außer der Präsentation Teile der Anwendung (z. B. das Erstellen von Tabellen und Übersichten) dezentralisiert, während andere Teile (z. B. der Zugriff auf zentrale Datenbanken) auf dem Host bearbeitet werden. Bei der nächst stärkeren Form der Arbeitsteilung wird verteilte Datenhaltung praktiziert. Hierbei läuft z. B. die gesamte Verarbeitung auf dem Arbeitsplatz-Computer ab, während der Host nur auf zentrale Daten zugreift. Der Host ist „Herr der Daten“, während der Arbeitsplatz-Computer „Herr der Verarbeitung“ wird.

Basierend auf dieser Arbeitsteilung haben sich in jüngster Zeit eine Reihe von Standardanwendungen herausgebildet, bei denen spezielle Dienstleistungen durch Server angeboten werden. Hierzu gehören

- der Kommunikations-Service zum Zwecke der zentralen Koordinierung der Verteilung von Nachrichten und Schriftstücken,

1) Vgl. Hennig, Gernot: Der Personalcomputer – Schlüssel zur verteilten Datenverarbeitung?, in: DV-ORGANISATION, Heft 10, Jahrgang 1987, Seite 57.

- der Print-Service mit dem Ziel der Nutzung zentraler Druckkapazitäten, die sich häufig durch hohe Qualität und Geschwindigkeit (z. B. Laserdruck) auszeichnen,
- der File-Service zum Ablegen / Archivieren und Wiederauffinden von Texten aller Art in einer zentralen Dokumentenablage,
- der Datenbank-Service zur Gewährleistung eines schnellen und einheitlichen Zugriffs auf lokale und entfernte Datenbanken unterschiedlicher Art.

In der Literatur wird bei einer losen Kopplung zwischen einem dezentralen Datenbestand und dem zentralen Datenpool und / oder einer hohen Dialogintensität die Auslagerung der Dienstfunktionen und Datenspeicherung in die Nähe des Sachbearbeiters befürwortet. Die Intensität der Datenkopplung darf allerdings nicht das einzig ausschlaggebende Beurteilungskriterium bleiben. Zusätzlich in die Bewertung einzubeziehen sind Hardware-Aspekte, System- und Anwendersoftware-Eigenschaften sowie Fragen der System-Verfügbarkeit und organisatorischer Auswirkungen.

Die Hardware von Arbeitsplatz-Computer zeichnet sich infolge der Standardisierung und Massenproduktion gegenüber der Groß-ADV durch ein günstigeres Preis- / Leistungsverhältnis aus. Ein weiteres Kennzeichen für Arbeitsplatz-Computer ist durch die Möglichkeit einer grafischen Benutzeroberfläche gegeben. Im Gegensatz zum Host ist die Hardware-Architektur der meisten Arbeitsplatz-Computer „offen“, so daß Hardware-Komponenten unterschiedlicher Hersteller verknüpft werden können. Der Arbeitsplatz-Computer ermöglicht an der Schnittstelle zum Endbenutzer vielfältige Verwendungsmöglichkeiten. Das Anschlußspektrum reicht vom Laborautomaten, über den Scanner bis hin zur Sprachausgabe.

Bezüglich der Systemsoftware herrscht auf dem Markt für Arbeitsplatz-Computer infolge des Einsatzes einer beschränkten Menge verbreiteter Betriebssysteme (MS-DOS, OS2, UNIX) gegenüber der Großrechnerwelt eine höhere Standardisierung. Die Fenster-Technik erlaubt die simultane bzw. quasi-simultane Kommunikation mit mehreren Prozessen und durch die Verknüpfung von Fenstern auch deren Integration. Durch die offene Systemarchitektur ist der Arbeitsplatz-rechner ein wirksames Kommunikationsinstrument, das sich preiswert und technisch einfach mit vielen öffentlichen und privaten Netzen verbinden läßt (z. B. Telefax, Btx, Teletex usw.).

Die Anwendungssoftware für Arbeitsplatz-Computer ist zum einen durch eine höhere Originalität (z. B. Tabellenkalkulations- oder Grafiksysteme) und zum zweiten durch eine höhere Differenzierung sowie Standardisie-

rung gekennzeichnet. Die Tendenz geht zu integrierten Lösungen (z. B. mit dem Ziel einer umfassenden Abdeckung aller Büroarbeitsplatzfunktionen).

Für den Benutzer wirkt sich der Einsatz von Arbeitsplatzrechner in einer höheren Verfügbarkeit, zum Teil geringerer Antwortzeit bei alleiniger Nutzung sowie benutzerfreundlicheren Schnittstellen durch Maustechnik, Lichtgriffel oder Berührungsbildschirm aus. Über diese Möglichkeiten ist auch die Motivation zur Benutzung der ADV höher und die zu überwindende Akzeptanzschwelle niedriger als bei rein zentralorientierten Systemen.

Als organisatorische Auswirkungen sind Möglichkeiten zur Dezentralisierung und damit stärkere Bereichsautonomie zu nennen. Für die traditionellen ADV-Entwicklungsbereiche bedeutet das Eindringen von Arbeitsplatz-Computer in die Fachbereiche die Notwendigkeit einer erhöhten Entwicklungs-, Betreuungs- und Schulungspräsenz. Das wiederum verlangt eine Änderung des traditionellen Aufgabenprofils der Rechenzentren. Die Leistungskomponente „Bereitstellung zentral installierter Rechner-Kapazität“ wird zugunsten endbenutzerorientierter Funktionen in den Hintergrund (Information-Center-Konzept) rücken.

Innerhalb der Abteilung ADV des Statistischen Landesamtes wird der Arbeitsplatz-Computer als Ergänzung zu Host-übergreifenden Anwendungen in mannigfaltiger Hinsicht eingesetzt. So übernimmt im Rahmen des Forsteinrichtungsverfahrens die APC-Komponente FERDI im Wege des Filetransfers Daten, die zentral auf dem Rechner gespeichert werden, wie umgekehrt die von den Forsteinrichtern vor Ort via PC erfaßten Informationen dem Statistischen Landesamt auf Datenträger bereitgestellt werden. Ebenso werden im Bereich der Amtlichen Statistik (z. B. Schulstatistiken) oder der Krankenhausautomation Daten zwischen Arbeitsplatz-rechner und Host-Computer ausgetauscht.

Die Nutzung des Host als Bestandteil übergreifender Host-Anwendungen befindet sich demgegenüber erst im Aufbau. Einen ersten Schritt in diese Richtung bildet das vom Ministerium des Innern und für Sport im Hause des Statistischen Landesamtes bereitgestellte „Computerlabor“. Hier wird auf der Basis des Betriebssystems UNIX ein Client-Server-Konzept realisiert, das zunächst im Rahmen der Informationstechnischen Seminare zur Schulung von Bürokommunikationsanwendungen genutzt wird. Diese Anwendung wird darüber hinaus Pilot-Charakter für entsprechende Anwendungen innerhalb des Statistischen Landesamtes und den von ihr in DV-Fragen betreuten Verwaltungen haben.

Diplom-Kaufmann Harald Wirtz

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 670	3 734	3 764	3 767	3 769
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 022	2 097	1 839	783 ^p	1 005 ^p	1 216 ^p	2 080 ^p	799 ^p	1 071 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,7	5,8	2,4 ^p	3,5 ^p	3,9 ^p	6,5 ^p	2,5 ^p	3,5
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 304	3 561	3 501	3 236 ^p	3 286 ^p	3 091 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	11,4	11,0	10,1 ^p	11,4 ^p	9,9 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 545	3 651	3 975	3 576 ^p	3 716 ^p	3 569 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,7	12,4	11,2 ^p	12,9 ^p	11,4 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	25	29	27	25 ^p	22 ^p	21 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	7,7	8,2	7,4	7,1 ^p	7,0 ^p	6,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 241	- 90	- 474	- 340 ^p	- 430 ^p	- 478 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,3	- 1,5	- 1,1 ^p	- 1,5 ^p	- 1,5 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 078	12 323	9 308	10 892	8 307
* Fortgezogene	Anzahl	6 795	7 079	5 941	7 117	5 580
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 283	5 244	3 367	3 775	2 727
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 448	10 838	10 978	12 197	9 571
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	101 666	93 064	89 757	92 637	94 652	77 663	86 491	93 052	93 337
* Männer	Anzahl	51 504	45 652	46 799	48 995	51 852	39 514	45 934	50 906	51 737
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 974	4 783	4 877	.	.	.	4 933	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	34 227	30 495	29 344	.	.	.	29 396	.	.
Arbeitslosenquote	%	6,9	6,3	6,0	6,1	6,2	5,1	5,7	6,0	6,0
Offene Stellen	Anzahl	11 481	13 956	13 284	13 673	14 349	14 481	14 309	16 169	17 742
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	809	993	830	.	.	.	875	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 348	5 419	4 951	.	.	.	4 816	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 833	4 227	1 700	6 373	8 896	8 520	7 702	8 447	8 995
Männer	Anzahl	3 620	3 289	1 253	5 334	7 384	6 126	5 844	6 800	6 821
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 014	14 754	15 597	16 810	14 561	15 842	15 320	15 112	13 282
* Rinder	t	4 151	4 786	5 361	6 378	5 461	5 891	5 672	5 392	4 284
* Kälber	t	21	26	60	35	41	45	52	26	29
* Schweine	t	9 703	9 788	9 982	10 265	8 953	9 732	9 428	9 582	8 865
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	71	69	64	65	59	60	59	65	62
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	93,6	94,2 ^p	94,2	94,1	93,8	94,8	94,9
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 581	2 614	2 624	2 683	2 675	2 661	2 661	2 711	2 692
* Beschäftigte	1 000	373	386	391	392	393	394	392	391	391
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	254	263	266	267	267	267	266	264	263
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	34 617	35 196	32 065	36 261	34 857	35 901	31 062	35 609	35 053
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 497	1 608	2 057	1 577	1 515	2 121	2 170	1 654	1 603
* Löhne	Mill. DM	854	917	1 083	898	856	1 202	1 160	936	897
* Gehälter	Mill. DM	643	691	974	679	659	919	1 010	718	706
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 976	8 555	8 421	9 046	8 479	9 395	8 577	8 864	8 859
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 142	3 133	2 798	3 039	2 956	3 012	2 956	3 003	3 125
* Exportquote ⁹⁾	%	39,4	36,6	33,2	33,6	34,9	32,1	34,5	33,9	35,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000 t SKE	248	257	275	-	-	-	249	-	-
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	674	672	751	-	-	-	802	-	-
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	150	131	137	-	-	-	148	-	-
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	66	56	76	-	-	-	66	-	-
* schweres Heizöl	1 000 t	84	75	61	-	-	-	82	-	-
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 100	1 121	1 080	1 149	1 094	1 160	1 065	1 163	1 147
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	202	198	232	246	226	238	246	273	239
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	116	113	115	110	129	113	115	116
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	115	119	111	122	112	118	97	117	117
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	105	110	76	82	66	118	84	89	95
Chemische Industrie	1985 = 100	118	122	119	127	117	121	102	122	121
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	111	115	93	96	134	127	96	102
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	80	120	153	45	74	175	185	59	75
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	93	91	71	99	91	97	82	100	98
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	109	130	123	135	112	135	131
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	67	63	45	73	69	61	52	71	72
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	115	131	131	157	138	171	143	162	148
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	399	421	472	478	453	506	469
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 394	2 484	3 658	2 909	2 675	3 589	3 996
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	878	883	1 903	1 058	975	1 908	2 248
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 888	1 994	2 195	2 296	2 122	2 150	2 183
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	413	419	604	604	538	568	628
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	91	89	88	-	-	-	87	-	-
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	158	170	194	-	-	-	197	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 288	61 218	61 532	60 487	60 099	61 325	60 675	59 857	59 139
Facharbeiter	Anzahl	31 393	31 745	31 625	30 800	30 951	30 790	30 564	30 020	29 954
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 422	14 907	14 983	14 791	14 315	16 356	15 964	15 771	15 160
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 071	7 077	5 096	5 728	4 008	6 943	4 965	5 265	5 330
Privater Bau	1 000	4 449	4 635	3 522	3 910	2 862	4 430	3 209	3 621	3 684
* Wohnungsbau	1 000	2 509	2 659	2 030	2 282	1 625	2 539	1 794	2 133	2 143
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	56	55	43	16	5	9	5	12	6
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 884	1 921	1 449	1 612	1 232	1 882	1 410	1 476	1 535
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 622	2 442	1 574	1 818	1 146	2 513	1 756	1 644	1 646
Hochbau	1 000	625	523	335	505	343	527	356	393	374
Tiefbau	1 000	1 997	1 919	1 239	1 313	803	1 986	1 400	1 251	1 272
Straßenbau	1 000	1 062	995	649	614	391	1 012	715	601	613
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	212	209	188	144	315	240	195	179
* Löhne	Mill. DM	161	173	164	150	106	254	190	154	138
* Gehälter	Mill. DM	35	39	45	38	38	61	50	41	41
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	661	798	492	416	847	916	640	561

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	837	933	565	783	761	807	593	780	944
* mit 1 Wohnung	Anzahl	653	670	399	533	566	496	400	477	640
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	125	164	89	142	113	164	101	171	188
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	100	77	108	82	147	92	132	116
* Umbauter Raum	1000 m ³	839	1 025	631	909	877	1 105	708	971	1 093
* Wohnfläche	1000 m ²	140	175	112	157	152	201	126	172	189
Wohnräume	Anzahl	6 482	8 100	5 213	7 316	7 044	9 345	5 963	7 956	8 787
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	274	345	218	312	311	398	260	360	404
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	3	2	2	3	–	9	1
Unternehmen	Anzahl	153	151	89	181	107	145	134	122	131
Private Haushalte	Anzahl	682	779	473	600	652	659	459	649	812
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	169	112	131	135	207	120	131	144
* Umbauter Raum	1000 m ³	828	915	645	1 179	720	1 168	550	649	813
* Nutzfläche	1000 m ²	137	144	94	157	117	164	89	111	141
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	148	177	100	198	126	155	129	125	133
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	24	25	15	28	27	23	18	15	17
Unternehmen	Anzahl	139	139	93	101	100	173	100	110	116
Private Haushalte	Anzahl	3	5	4	2	8	11	2	6	11
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 518	2 036	1 325	1 925	1 906	2 524	1 504	2 106	2 122
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	3 013	2 536	3 088	2 836	2 977	2 729
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 668	1 655	1 312	1 781	1 617	1 639	1 458
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	223	177	242	208	221	196
Dänemark	Mill. DM	45	45	34	55	47	46	42
Frankreich	Mill. DM	432	446	345	527	428	416	436
Griechenland	Mill. DM	29	30	27	30	30	26	26
Großbritannien	Mill. DM	314	285	251	267	297	310	225
Irland	Mill. DM	12	12	10	14	11	10	9
Italien	Mill. DM	274	273	200	279	253	266	223
Niederlande	Mill. DM	209	210	170	224	208	198	173
Spanien	Mill. DM	106	108	81	117	106	117	103
Portugal	Mill. DM	23	23	17	27	27	29	25
USA und Kanada	Mill. DM	204	205	145	186	196	198	158
Japan	Mill. DM	70	66	74	73	62	88	62
Entwicklungsländer	Mill. DM	351	397	424	373	297	406	456
Staatshandelsländer	Mill. DM	147	120	98	122	98	110	131
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 873	2 047	2 111	2 353	2 230	2 354	2 056
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 042	1 155	1 212	1 377	1 295	1 376	1 236
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	224	224	293	248	321	257
Dänemark	Mill. DM	26	30	27	45	40	49	47
Frankreich	Mill. DM	241	282	286	296	320	329	301
Griechenland	Mill. DM	8	8	7	6	5	8	5
Großbritannien	Mill. DM	88	96	120	108	105	111	109
Irland	Mill. DM	8	11	10	14	13	9	13
Italien	Mill. DM	177	195	213	221	219	197	178
Niederlande	Mill. DM	212	213	203	258	235	223	234
Spanien	Mill. DM	63	80	106	112	90	109	75
Portugal	Mill. DM	17	17	16	23	19	19	16
USA und Kanada	Mill. DM	146	142	138	173	147	161	145
Japan	Mill. DM	108	100	76	114	109	157	76
Entwicklungsländer	Mill. DM	266	287	295	295	320	288	235
Staatshandelsländer	Mill. DM	62	78	83	92	85	100	85

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	104	103	104	102	102	102	104	102	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113	119	146	116	107	134	150	119	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	98	107	108	109	109	112	111	111	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108	116	125	127	116	132	126	123	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	102	96	95	84	82	91	90	85	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	110	99	103	87	81	95	92	87	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	106	104	81	80	103	102	77	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	111	97	76	74	107	95	72	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	103	111	84	83	101	107	79	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	506	516	307	258	254	400	285	280	...
* Ausländer	1 000	120	122	55	51	55	66	57	51	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 719	1 757	1 096	917	914	1 329	1 083	1 009	...
* Ausländer	1 000	382	386	200	158	195	199	205	162	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 505	1 509	1 355	1 521	1 225
* Güterversand	1 000 t	935	931	828	750	611
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 665	15 289	11 121	17 870	15 546	12 631	9 722	16 231	...
Krafträder	Anzahl	501	564	49	195	406	65	52	202	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 215	13 731	10 321	16 612	14 265	11 601	8 661	15 045	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	662	530	804	562	755	752	739	...
Zugmaschinen	Anzahl	202	197	120	157	176	98	133	129	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 594	10 466	11 167	9 622	10 142	10 955	10 274	8 123 ^p	8 906 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 651	1 601	1 311	1 222	1 146	1 431	1 274	1 079 ^p	1 168 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 943	8 865	9 856	8 400	8 996	9 524	9 000	7 044 ^p	7 738 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 194	1 860	1 686	1 564	1 940	1 748	1 503 ^p	1 573 ^p
* Getötete	Anzahl	42	44	34	32	31	34	46	41 ^p	29 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	26	17	24	20	27	31 ^p	20 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	1	1	–	2	1	1 ^p	1 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	–	1	1	1	2	2 ^p	2 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	6	7	13	4	8	14	6 ^p	5 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	606	575	452	428	411	529	444	403	394 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	348	336	314	289	271	348	299
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	110	97	29	19	27	42	18
Radfahrer	Anzahl	60	57	21	26	18	35	27
Fußgänger	Anzahl	70	64	75	78	68	84	82
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	56	57	49	44	64	41	60	59	71
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	22 644	21 884	22 896	10 700	54 477	17 281	28 016	17 826	38 925
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	–	–	–	–
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	454	356	360	436	330	311	279
* Wechselsumme	1 000 DM	3 117	3 163	3 325	8 305	3 596	2 766	4 038

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	94 423	100 419	100 419	93 531	94 226	98 346	100 048	·	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	92 039	97 964	97 964	91 564	92 194	96 423	98 090	·	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 130	17 679	17 679	17 620	17 884	19 266	20 478	·	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 933	17 388	17 388	17 291	17 344	18 648	19 357	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	197	291	291	328	540	618	1 121	·	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 278	8 838	8 838	8 778	8 928	10 263	10 344	·	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 070	6 729	6 729	6 759	6 894	7 433	7 615	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 207	2 109	2 109	2 019	2 034	2 830	2 729	·	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	68 630	71 447	71 447	65 166	65 381	66 894	67 268	·	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	57 557	59 818	59 818	56 860	57 069	58 829	59 293	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 073	11 628	11 628	8 306	8 313	8 064	7 975	·	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	87 693	92 721	92 721	91 406	92 090	93 932	96 418	·	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 941	14 511	14 511	12 866	12 989	15 050	15 224	·	·
* Termineinlagen	Mill. DM	34 394	39 025	39 025	39 876	40 628	41 797	42 243	·	·
* Spareinlagen	Mill. DM	40 358	39 184	39 184	38 664	38 473	37 085	38 951	·	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 961	3 659	3 659	3 260	2 026	1 855	4 216	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 092	1 901	1 901	3 780	2 217	1 885	2 350	·	·
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 684 151	1 619 863	2 554 610	1 524 833	1 868 471	1 963 303	2 683 870	1 599 349	2 208 823
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 198 337	1 120 714	2 009 190	976 470	1 182 252	1 355 839	2 085 888	1 024 554	1 431 463
* Lohnsteuer	1000 DM	810 867	812 781	1 090 911	947 522	1 180 667	1 233 990	1 250 904	1 039 360	1 309 849
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1000 DM	147 927	148 868	–	–	555 879	519 213	–	–	625 031
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	129 669	115 837	544 830	– 17 433	– 61 753	– 16 021	603 666	– 11 376	– 20 835
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	42 405	41 749	34 670	54 030	17 787	13 383	18 587	98 499	15 963
* Körperschaftsteuer	1000 DM	215 397	150 346	338 779	– 7 649	45 551	124 487	212 731	– 101 929	126 486
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1000 DM	4 580	19 563	–	–	20 984	116 554	–	–	94 836
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	485 813	499 150	545 420	548 363	686 219	607 464	597 982	574 795	777 360
* Umsatzsteuer	1000 DM	304 982	339 379	366 416	390 507	508 653	417 582	430 687	436 144	596 496
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	180 832	159 771	179 004	157 856	177 566	189 882	167 295	138 651	180 864
* Zölle	1000 DM	15 982	11 877	10 555	9 032	13 333	13 286	11 506	8 571	16 552
* Bundessteuern	1000 DM	119 811	80 544	139 227	72 694	63 183	208 772	331 840	148 987	140 772
Kapitalverkehrssteuern	1000 DM	2 501	1 859	275	1 071	509	8 924	623	613	650
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1000 DM	115 073	76 260	136 495	69 357	59 073	139 177	173 211	78 132	80 039
Solidaritätszuschlag	1000 DM	–	–	–	–	–	55 130	154 627	67 027	54 968
* Landessteuern	1000 DM	99 837	91 563	56 933	94 219	121 206	135 986	77 334	126 722	161 378
* Vermögensteuer	1000 DM	24 161	21 432	5 616	6 149	54 374	61 063	5 659	6 545	57 489
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	48 635	42 963	27 300	49 644	40 136	43 969	42 108	79 770	58 919
* Biersteuer	1000 DM	6 349	6 392	3 095	11 156	2 647	7 404	6 596	7 596	6 641

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	657 925	639 479	686 954	-	-	-	700 849 ^p	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 297	8 102	9 633	-	-	-	7 205 ^p	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 130	104 286	118 605	-	-	-	93 244 ^p	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	491 393	466 448	504 414	-	-	-	539 218	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	41 661	45 384	41 239	-	-	-	49 053	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	975 505	908 052	1 411 652	846 918	1 017 251	1 191 111	1 658 925	958 515	1 268 085
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 629	490 710	881 914	418 478	507 207	586 573	903 850	435 177	619 055
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	315 783	324 453	354 528	356 442	446 048	395 529	386 772	374 101	505 467
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	857 267	841 589	1 268 842	783 854	902 708	1 003 475	1 193 323	871 478	1 054 411
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	523 922	486 496	880 705	416 725	504 226	583 357	901 250	433 994	615 345
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	222 226	251 184	295 221	273 606	276 463	283 877	175 471	310 493	274 682
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	1 009 201	989 035	1 078 277	-	-	-	1 185 844 ^p	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	419 514	398 194	424 564	-	-	-	457 061	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	423 154	417 809	501 451	-	-	-	567 152	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	104,2	107,0	108,1	108,8	109,1	112,5	112,6	113,1	113,8
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	106,0	106,7	107,2	109,7	110,0	110,8	111,7
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	109,4	116,4	-	-	120,5	126,5	-	-	128,5
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	19,04	20,01	-	20,48	-	-	-	...	-
* Männliche Arbeiter	DM	19,94	20,97	-	21,49	-	-	-	...	-
* Facharbeiter	DM	20,94	22,05	-	22,64	-	-	-	...	-
* Angelernte Arbeiter	DM	19,19	20,15	-	20,66	-	-	-	...	-
* Hilfsarbeiter	DM	17,29	18,05	-	18,33	-	-	-	...	-
* Weibliche Arbeiter	DM	14,03	14,71	-	15,10	-	-	-	...	-
* Hilfsarbeiter	DM	13,95	14,60	-	14,93	-	-	-	...	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,5	39,9	-	39,4	-	-	-	...	-
* Männliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	-	39,7	-	-	-	...	-
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,9	38,4	-	38,3	-	-	-	...	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 731	4 942	-	5 075	-	-	-	...	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 251	4 443	-	4 560	-	-	-	...	-
* männlich	DM	5 096	5 311	-	5 449	-	-	-	...	-
* weiblich	DM	3 300	3 474	-	3 565	-	-	-	...	-
* Technische Angestellte	DM	5 131	5 346	-	5 484	-	-	-	...	-
* männlich	DM	5 252	5 468	-	5 611	-	-	-	...	-
* weiblich	DM	3 723	3 924	-	4 054	-	-	-	...	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 215	3 389	-	3 504	-	-	-	...	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 197	3 366	-	3 482	-	-	-	...	-
* männlich	DM	3 801	3 983	-	4 120	-	-	-	...	-
* weiblich	DM	2 676	2 824	-	2 910	-	-	-	...	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. - 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. - 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 103	63 253	63 685	63 726
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	33 109 ^p	34 504 ^p	25 654 ^p	32 888 ^p	12 433 ^p	38 986 ^p	25 418 ^p	37 106 ^p
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	56 451 ^p	60 303 ^p	58 845 ^p	55 677 ^p	62 216 ^p	68 718 ^p	62 569 ^p	63 586 ^p
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 727 ^p	59 142 ^p	58 256 ^p	60 794 ^p	63 202 ^p	74 505 ^p	75 098 ^p	83 202 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 1 276 ^p	1 161 ^p	589 ^p	- 5 117 ^p	- 986 ^p	- 5 787 ^p	- 12 529 ^p	- 19 616 ^p
Arbeitslose	1 000	2 038	1 883	1 685	1 784	1 874	1 599	1 618	1 731
Männer	1 000	1 070	968	859	946	1 021	834	852	944
Arbeitslosenquote	%	7,9	7,2	6,4	6,8	7,0	6,0	6,0	6,5
Offene Stellen	1 000	251	314	295	283	302	321	299	287
Kurzarbeiter	1 000	108	56	49	50	93	173	204	173
Männer	1 000	91	45	38	41	79	133	155	134
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾									
Beschäftigte	1 000	7 213	7 411	7 505	7 469	7 482	7 525	7 511	7 457
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666	699	592	686	704	671	585
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142 021	151 940	166 661	154 149	157 316	174 835	171 029	161 898
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 766	44 318	45 582	42 713	41 980	46 965	46 627	45 184
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	113	118	128	113	118	132	126	114
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	109	111	115	97	113	121	115	96
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	123	133	125	119	136	132	124
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	118	131	107	124	137	131	114
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	106	119	146	116	127	144	137	121
Öffentliche Energieversorgung									
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 452	32 089	34 633	36 190	43 959
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 739	2 730	3 059	3 216	3 363
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen									
Bauhauptgewerbe									
Beschäftigte	1 000	999	1 034	1 056	1 045	1 014	1 082	1 079	1 067
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112	118	79	89	134	116	81
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	10 378	11 639	14 145	14 962	8 418	15 611	15 990	16 724
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 355	12 747	10 892	10 431	9 378	13 014	10 715	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 254	10 912	8 917	8 519	7 686	10 787	8 710	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 018	2 572	2 397	2 383	2 092	2 771	2 417	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 793	2 904	2 798	2 533	2 370	3 233	2 719	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 002	32 612	31 594	33 359	28 287	35 718	32 400	...
Handel									
Einzelhandel									
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113,6	125,6	142,1	157,1	126,0	143,8	145,9	160,9
Gastgewerbe									
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,5	116,3	110,7	115,6	...	131,6	113,8	116,2 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990			1991				1992
			Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 420	53 554	54 836	48 622	57 004	60 623	58 144
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 389	29 188	30 306	26 270	31 017	33 019	31 152
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 832	3 980	4 093	4 318	4 370	4 476	4 100
Frankreich	Mill. DM	7 026	6 981	7 477	6 357	7 679	7 877	7 581
Großbritannien	Mill. DM	4 947	4 559	4 422	3 822	4 294	4 579	4 382
Italien	Mill. DM	4 984	4 998	5 226	4 200	5 168	5 843	5 412
Niederlande	Mill. DM	4 533	4 523	4 688	3 861	4 958	5 013	4 659
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	42 205	45 881	54 075	47 600	55 688	58 363	54 615
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	21 555	23 882	29 024	25 510	29 269	30 461	28 542
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 914	3 313	4 137	3 457	4 163	4 025	3 786
Frankreich	Mill. DM	5 034	5 425	6 326	5 705	7 080	7 289	6 684
Großbritannien	Mill. DM	2 891	3 087	3 800	3 292	3 452	4 081	3 715
Italien	Mill. DM	3 766	4 319	5 168	4 591	5 107	5 428	4 990
Niederlande	Mill. DM	4 325	4 662	5 713	4 850	5 567	5 557	5 304
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 411	2 815	2 771	2 815	2 817	3 003	3 037	3 086	3 104 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 863	2 210	2 170	2 210	2 213	2 383	2 412	2 456	2 645 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	548	604	601	604	605	619	625	629	639 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 766	1 641	1 623	1 641	1 658	2 049	2 091	2 176	2 144 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	706	756	761	756	747	719	721	754	748 ^P
Steuern ⁵⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	33 521	34 127	28 949	62 203	34 548	33 576	33 134	...	41 294 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	22 122	21 253	13 937	45 704	20 243	17 466	17 113	...	23 595 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	15 153	14 799	13 775	26 672	17 435	17 214	17 033	...	20 798 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 067	3 043	- 118	11 117	623	- 163	- 51	...	671 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 957	12 410	14 605	15 076	14 313	14 935	15 657	...	17 651 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 666	6 612	7 666	8 159	8 508	8 224	9 921
Zölle	Mill. DM	566	597	674	745	525	714	721	...	482 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	5 112	5 490	5 648	11 104	1 090	8 724	8 496
Versicherungsteuer	Mill. DM	349	369	322	177	283	359	523	...	434 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 620	4 964	5 197	10 837	710	6 860	6 570
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	96,4	95,7	94,9	94,8	96,0	99,0	99,6	99,6	100,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	99,8	94,7	91,2	92,0	91,6	95,2 ^r	97,2 ^r	97,6 ^P	98,3 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	99,3	101,0	101,8	101,5	102,4	104,4	104,3	104,1	104,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	109,1	115,9	118,0	.	.	.	126,8	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1985 = 100	109,4	116,4	118,6	.	.	.	126,5	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	106,6	113,2	115,5	.	.	.	123,3	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0	108,0	108,1	108,8	112,0	112,5	112,6	113,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,6	106,0	106,7	108,7	109,7	110,0	110,8
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	106,0	107,5	108,6	108,7	108,8	111,0	111,5	111,6	111,8
Wohnungsmieten	1985 = 100	108,8	112,5	113,9	114,2	114,6	118,9	119,3	119,8	120,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	82,0	85,5	89,0	88,6	91,1	90,9	91,0	90,0	89,3
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	104,9	107,3	108,2	108,3	108,5	111,5	112,2	112,4	112,6
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	108,6	110,3	111,1	111,3	111,7	115,4	115,6	115,8	116,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	103,3	106,1	108,9	107,7	108,1	115,4	115,6	115,1	114,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	103,8	106,1	106,5	106,8	107,7	108,5	108,9	109,3	112,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	113,1	115,3	114,9	115,2	116,2	119,2	119,5	120,0	120,5

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Monat Januar 1991 : Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Ab Januar 1991 = Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

**Gäste und Übernachtungen nach
Fremdenverkehrsgebieten 1991¹⁾**

Fremden- verkehrs- gebiet	Gäste		Übernachtungen	
	ins- gesamt	Verände- rungen gegenüber dem Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rungen gegenüber dem Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%
I n s g e s a m t	6 252 795	1,0	22 389 220	6,2
Rheintal	818 568	- 6,8	2 253 970	- 1,5
Rhein Hessen	547 677	- 1,9	1 092 068	- 0,3
Eifel / Ahr	1 071 182	6,5	4 931 773	13,0
Mosel / Saar	1 440 729	1,8	5 187 620	8,0
Hunsrück / Nahe / Glan	559 917	7,3	2 818 995	8,4
Westerwald / Lahn / Taunus	566 719	0,0	2 195 159	1,8
Pfalz	1 248 003	0,5	3 909 635	3,4

1) Ohne Camping

**Fremdenverkehr 1991 im Fremdenverkehrs-
gebiet Hunsrück / Nahe / Glan**

In der Region Hunsrück / Nahe / Glan wurden im Jahre 1991 rund 560 000 Gäste und 2,8 Mill. Übernachtungen gezählt. Das sind 7,3 % mehr Gäste und 8,4 % mehr Übernachtungen als im Vorjahr. Für ausländische Gäste (102 000) und deren Übernachtungen (527 000) betrugen die Veränderungsrate + 5,8 bzw. - 2,3 %, für inländische Gäste ergaben sich Zuwachsraten von 7,7 bzw. 11 %. Unter den Ausländern waren in den Fremdenverkehrsgemeinden dieser Region die Niederländer (53 000 / + 20 %) und Belgier (12 000 / + 9,4 %) die häufigsten Gäste.

Besondere Anziehungspunkte sind die Heilbäder Bad Kreuznach (77 000 Gäste / + 2,7 % und 539 000 Übernachtungen / + 12 %) sowie Bad Münster am Stein-Ebernburg (59 000 Gäste / + 4,2 % und 488 000 Übernachtungen / + 9,6 %). Die Gemeinden Kell und Oberhambach verzeichneten mit ihren Feriendörfern kräftige Zunahmen der Gäste (22 bzw. 15 %) und Übernachtungen (9 bzw. 16 %).

1991 Rekordergebnis bei den Übernachtungen

Das Jahr 1991 brachte bei der Zahl der Übernachtungen für den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr ein Rekordergebnis. Nach mehr als 20 bzw. 21 Mill. Übernachtungen in den Jahren 1989 und 1990 konnten im vergangenen Jahr fast 22,4 Mill. ermittelt werden. Das sind 6,2 % mehr als im Vorjahr.

In noch stärkerem Maße haben die Übernachtungen von Auslandsgästen zugenommen. Mit fast 5 Mill. war

hier ein Plus von 7,2 % zu verbuchen. Zuwachsraten von 22 bzw. 18 Prozent bei Belgiern und Niederländern standen jedoch Einbußen von 15 bzw. 4 Prozent bei Amerikanern und Briten gegenüber.

Weiter zunehmende Kraftfahrzeug-Bestände

Im Jahre 1991 erhöhte sich der Kraftfahrzeug-Bestand in Rheinland-Pfalz um 2,1 % auf etwa 2,3 Mill. Fahrzeuge, darunter 1,94 Mill. Personenkraftwagen. Die Zahl der Motorräder stieg im gleichen Zeitraum um 4,9 % auf 93 300, der Lastkraftwagen-Bestand um 3,3 % auf 86 140. Auf 1 000 Rheinland-Pfälzer kommen rechnerisch 620 Kraftfahrzeuge, womit ein neuer Höchststand erreicht wurde.

482 500 schadstoffreduzierte Personenkraftwagen mit Ottomotor, und damit jeder vierte Personenkraftwagen, entsprachen den strengen Vorschriften der US-Norm. Weitere 194 500 (10 %) der registrierten Personenkraftwagen erfüllten die niedrigeren Anforderungen der Europa-Norm. Als schadstoffreduziert eingestuft waren in Rheinland-Pfalz am 1. Januar 1992 insgesamt 853 300 Personenwagen (44 %). Ferner waren 240 500 schadstoffreduzierte Diesel-Personenkraftwagen (12 %) zugelassen.

Wieder 5 % weniger landwirtschaftliche Betriebe

Im Mai 1991 gab es in Rheinland-Pfalz noch rund 51 600 landwirtschaftliche Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber 1990 um 2 800 oder 5,1 % verringert. Eine ähnlich hohe Rückgangsrate war bereits 1990 festgestellt worden. Der nicht zuletzt wegen günstiger außerlandwirtschaftlicher Rahmenbedingungen verstärkt anhaltende Strukturwandel wird demnach 1992 die Zahl der Betriebe erstmals deutlich unter 50 000 sinken lassen.

Zumeist gaben 1991 Betriebe mit weniger als 10 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche auf. Diese Gruppe, zu der allerdings ein Großteil der rund 28 000 Weinbaubetriebe gehört, umfaßte knapp zwei Drittel aller Betriebe. Mit gut 100 000 ha verfügten sie dagegen nur über 14 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von 717 000 ha. Die nicht ganz 3 100 Betriebe mit mehr als 50 ha (5,9 %) bewirtschaften zwischenzeitlich rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. In den letzten zwanzig Jahren hat sich ihre Zahl nahezu versiebenfacht.

Immer weniger landwirtschaftliche Arbeitskräfte

Die Arbeitskräfteerhebungen in der Landwirtschaft ermöglichen jährlich eine repräsentative Darstellung

der Entwicklung und der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben. So ist in den letzten gut 40 Jahren die Zahl der in den Betrieben ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche beschäftigten Personen (einschließlich Haushalt) um 79 % zurückgegangen. Mit der steigenden Zahl größerer Betriebe erhöhte sich auch deren Arbeitskräftebestand, dagegen gewinnt in den kleineren Betrieben die Kombination aus landwirtschaftlicher Tätigkeit und anderweitiger Erwerbstätigkeit immer größere Bedeutung. Aufgrund des technischen Fortschritts und der zunehmenden Mechanisierung ist die betriebliche Arbeitsleistung – ausgedrückt in Vollarbeitskraft (AK) - Einheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche – während der letzten 20 Jahre um mehr als die Hälfte zurückgegangen (1991 : 7,7 AK- Einheiten).

Zur Abschätzung der künftigen Entwicklung ist insbesondere die Altersstruktur der Betriebsinhaber von Interesse. Der Anteil 45 Jahre und ältere Betriebsinhaber hat sich seit 1979 auf 66 % erhöht. Der Strukturwandel wird damit in den nächsten Jahren anhalten, zumal immer mehr junge Menschen eine außerlandwirtschaftliche Ausbildung aufnehmen und langfristig aus der Landwirtschaft ausscheiden. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 75

Kommunale Steuereinnahmen um 9,5 % gestiegen

Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz sind im Jahre 1991 um 9,5 % auf 4 335 Mill. DM gestiegen. Es handelt sich dabei um das kassenmäßige Aufkommen der kommunalen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage, einschließlich des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Ausschlaggebend für den hohen Zuwachs war der auf 1 921 Mill. DM gestiegene Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der den Vorjahreswert um 15 % übertraf.

Regional sehr unterschiedlich entwickelten sich die Gewerbesteuereinnahmen. Während die kreisangehörigen Gemeinden einen starken Zuwachs um 98 Mill. DM oder 13,1 % auf 845 Mill. DM verbuchen konnten, war der Betrag in den kreisfreien Städten mit 847 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr fast konstant.

Das Grundsteueraufkommen erreichte 460 Mill. DM, was einer Zunahme um 2 % entspricht. Die Grunderwerbsteuer, die den kreisfreien Städten und Landkreisen zufließt, erbrachte mit 196 Mill. DM 8 % mehr als 1990. An sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen wurden 65 Mill. DM (+ 6,3 %) verbucht. pf

Auch 1991 stiegen die kommunalen Ausgaben stärker als die Einnahmen

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich im Jahre 1991 auf 10 110 Mill. DM und lagen damit um 9,3 % höher als im Vorjahr. An Einnahmen standen 9 963 Mill. DM (+ 8,1 %) zur Verfügung, so daß ein negativer Kassensaldo von 147 Mill. DM entstand. Während die Jahre 1988 und 1989 insgesamt mit einem Einnahmeüberschuß abgeschlossen wurden, überwiegen seit 1990 die Ausgaben und weisen eine steigende Tendenz auf.

Die Personalausgaben betrugen 1991 mit 2 716 Mill. DM 10,3 % mehr. Für Sozialleistungen wurden mit 1 565 Mill. DM sogar 12,8 % mehr aufgewendet. Die Sachinvestitionen lagen mit 2 283 Mill. DM um knapp 12 % über dem Vorjahreswert. An Zinsen waren 518 Mill. DM oder 15 % mehr zu zahlen. Einzig die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand blieben mit rund 1 800 Mill. DM unverändert.

Die kommunalen Steuereinnahmen betrugen 4 335 Mill. DM und haben um 9,5 % zugenommen. An Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb wurden 1 314 Mill. DM (+ 4 %) verbucht. Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse brachten 4 815 Mill. DM (+ 6,6 %) in die Kassen der Kommunen, an Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen wurden 1 073 Mill. DM (+ 12,2 %) vereinnahmt. pf

12 % höhere kommunale Investitionen

Das Investitionsvolumen der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände ist im vergangenen Jahr auf 2 283 Mill. DM angewachsen und lag damit um 242 Mill. DM oder knapp 12 % höher als 1990. Von diesem Betrag entfielen 958 Mill. DM und damit mehr als zwei Fünftel auf die Ortsgemeinden (+ 13 %). Über dem Durchschnitt lag die Zuwachsrate auch bei den Verbandsgemeinden (+ 17 % auf 299 Mill. DM) und den Landkreisen (+ 21,4 % auf 200 Mill. DM). Die kreisfreien Städte haben 528 Mill. DM investiert (+ 10,3 %) und die verbandsfreien Gemeinden 291 Mill. DM (+ 0,2 %).

Vom Gesamtbetrag der Sachinvestitionen wurden für Baumaßnahmen 1 752 Mill. DM (+ 11,1 %) ausgegeben, darunter für Schulen 217 Mill. DM (+ 3,3 %) und für Straßen 578 Mill. DM (+ 11,1 %). Der Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen erhöhte sich um 14,3 % auf 531 Mill. DM. pf

10,3 % höhere Personalausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahre 1991

Die Personalausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen 1991 gegenüber dem Vorjahr um

10,3 % auf 2 716 Mill. DM. Hiervon entfielen 983 Mill. DM – das sind 989 DM je Einwohner – auf die kreisfreien Städte, wo die Steigerungsrate mit 9,2 % unter dem Landesdurchschnitt lag. Die Verbandsgemeinden haben knapp 590 Mill. DM oder 269 DM pro Einwohner für ihr Personal ausgegeben, was einer Zunahme von 12,3 % entspricht. Die höchste Zuwachsrate ist bei den Landkreisen festzustellen. Dort sind die Personalkosten um fast 15 % auf 395 Mill. DM (142 DM je Einwohner) gestiegen. Unter dem Durchschnitt blieben die Erhöhungen bei den verbandsfreien Gemeinden (+ 8,3 %) und den Ortsgemeinden (+ 7,5 %). Während hier die absoluten Beträge mit 349 Mill. DM bzw. 340 Mill. DM fast gleich sind, belief sich der Pro-Kopf-Wert bei den verbandsfreien Gemeinden auf 578 DM und bei den Ortsgemeinden auf 155 DM. pf

Erneut leichter Anstieg der Insolvenzen

Im Jahre 1991 wurden bei den rheinland-pfälzischen Amtsgerichten 714 Insolvenzen beantragt und damit 35 Verfahren oder 5,2 % mehr als 1990.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen belief sich im gesamten Jahr auf 515 (+ 5,1 %). Davon entfielen 70 auf das verarbeitende Gewerbe (– 25 %), 128 auf das Baugewerbe (+ 5,8 %), 145 auf den Handel (+ 31 %), 35 auf die Bereiche Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (– 2,8 %) sowie 128 Verfahren auf Dienstleistungsunternehmen (+ 13 %). Nach wie vor werden insbesondere junge Unternehmen zahlungsunfähig. Rund 75 % der Firmen mit Zahlungsschwierigkeiten bestanden noch keine 8 Jahre.

Neben den Unternehmensinsolvenzen wurden 199 Konkurse von natürlichen Personen, Organisationen ohne Erwerbszweck und Nachlässen festgestellt.

Die Forderungen aller Gläubiger wurden von den Gerichten für das Jahr 1991 auf 457 Mill. DM geschätzt gegenüber 263 Mill. DM im Jahre 1990. ht

Umsätze der Apotheken im Jahr 1990

Nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 1990 erwirtschafteten 1 151 in Rheinland-Pfalz ansässige Apotheken einen Umsatz von rund 1,9 Mrd. DM. Im Vergleich zur letzten Erhebung aus dem Jahre 1988 beträgt die Zunahme knapp 8 %. Die Umsätze aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 16 %. Im Durchschnitt setzte eine Apotheke gut 1,6 Mill. DM um, was im Vergleich zum Jahr 1988 einem durchschnittlichen Anstieg von 83 000 DM entspricht.

Für die 766 in den Landkreisen gelegenen Apotheken errechnete sich ein durchschnittlicher Umsatz von rund 1,7 Mill. DM. Dieser Wert war für die 385 Apotheken in den kreisfreien Städten um knapp 200 000 DM geringer. Ausschlaggebend für diese Abweichung dürfte die unterschiedliche Relation zwischen der Anzahl der Apotheken und den Einwohnern sein. In den Landkreisen versorgte eine Apotheke 3 623 Einwohner, in den kreisfreien Städten waren es 2 567.

Innerhalb der Landkreise wurden die höchsten Durchschnittsumsätze in Bitburg-Prüm (2 022 000 DM), Birkenfeld (1 982 000 DM) und Daun (1 979 000 DM) erzielt. Die geringsten Mittelwerte errechneten sich für die Kreise Mainz-Bingen (1 380 000 DM), Trier-Saarburg (1 460 000 DM) und Ludwigshafen (1 467 000 DM). Unter den kreisfreien Städten rangierte die Stadt Zweibrücken mit einem Vergleichswert von 1 849 000 DM an der Spitze und übertraf den niedrigsten Durchschnittsumsatz von 1 376 000 DM (Stadt Landau) um 34 %. hau

Ausgaben für Sozialleistungen 1991 um 12,8 % gestiegen

Die Ausgaben der rheinland-pfälzischen Kommunen für Sozialleistungen beliefen sich im Jahre 1991 nach der Gemeindefinanzstatistik auf 1 565 Mill. DM. Das sind 178 Mill. DM oder 12,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Diese Zuwachsrate ist die höchste seit 1985, als sie 13,5 % betrug.

Den stärksten Anstieg um 14,5 % verzeichneten die kreisfreien Städte. Auf sie entfielen 599 Mill. DM. Bei den Landkreisen nahmen die Ausgaben für Sozialleistungen um 12,6 % auf 558 Mill. DM und bei den Verbandsgemeinden um 12,7 % auf 272 Mill. DM zu. Für die verbandsfreien Gemeinden ergab sich ein Anstieg um 6,8 % auf 133 Mill. DM.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1985, als für Sozialleistungen 896 Mill. DM ausgegeben wurden, zeigt eine Zunahme um 75 %. Die höchsten Steigerungsraten wiesen die Verbandsgemeinden auf, deren Aufwand sich fast verdoppelt hat. Die Landkreise mußten 82 % mehr ausgeben. Bei den verbandsfreien Gemeinden und den kreisfreien Städten haben sich die Ausgaben für Sozialleistungen um knapp zwei Drittel erhöht. pf

Einrichtungen und Personal in der Jugendhilfe

Am Jahresbeginn 1991 gab es in Rheinland-Pfalz 3 200 Einrichtungen der Jugendhilfe mit über 140 000 Plätzen und 19 000 Beschäftigten, davon 16 000 Frauen. 13 200 Mitarbeiter waren Vollzeit- und 5 300

kurz + aktuell

Teilzeitkräfte ; 500 Personen arbeiteten nebenberuflich. Die Zahl der Einrichtungen blieb gegenüber 1986 nahezu konstant, während die der verfügbaren Plätze um 4,5 % und die Zahl der tätigen Personen um 7,2 % zunahmen.

Der überwiegende Teil des Personals (54 %) war in den 1 700 Kindergärten tätig, die über 116 000 Plätze verfügten. Nach dem Ausbildungsabschluß bildeten die 8 300 Erzieher bzw. Erzieherinnen die größte Beschäftigungsgruppe, gefolgt von 1 800 Kinderpflegern. Die Diplom-Sozialpädagogen bzw. Diplom-Sozialarbeiter stellten mit 1 600 Personen die drittgrößte Gruppe. In Ausbildung befanden sich 500 der in der Jugendhilfe Tätigen. str

Mehr über dieses Thema auf Seite 69

Rund 286 000 Schwerbehinderte in Rheinland-Pfalz

Anfang 1992 lebten in Rheinland-Pfalz 286 000 Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis, darunter 115 000 Frauen. Die Gesamtzahl hat sich gegenüber 1990 um 18 500 erhöht. Darunter sind etwa drei Viertel in der Altersgruppe der über 65jährigen, der 45 % aller Schwerbehinderten angehören.

Die häufigste Behinderung, nämlich die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen und Organsystemen, hatten gut 95 000 Personen zu beklagen, von denen allein 53 000 unter Herz- und Kreislafstörungen litten. Nach der Häufigkeit des Auftretens bedeutsam sind ferner Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie von Gliedmaßen, die bei 60 000 bzw. 39 000 Antragstellern vorlagen. us

Die Einbindung des Arbeitsplatz-Computers in den Datenverarbeitungsprozeß

Die Datenverarbeitungstechnologie ist gekennzeichnet durch eine ständig zunehmende Leistungsfähigkeit der zum Einsatz kommenden Geräte und einer immer breiter werdenden Gerätevielfalt. Vor 20 Jahren war der Einsatz der Automatischen Datenverarbeitung nahezu ausschließlich mit den Begriffen Großcomputer und Rechenzentrum verbunden. Dies hat sich grundlegend gewandelt. Arbeitsplatzcomputer, Abteilungsrechner und Zentralcomputer bieten heute für sich oder im Verbund Rechnerleistung für unterschiedlichste Organisationseinheiten und Erfordernisse. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Kommunikationstechnologie erlauben es, die unterschiedlichsten Systeme miteinander zu verbinden und Rechnerleistung in individueller Form am Ort des jeweiligen Bedarfs bereitzustellen. In organisa-

torischer Hinsicht eröffnen sich heute völlig neue Perspektiven des dezentralen Einsatzes der Datenverarbeitung. Im Rahmen der Entwicklung von Datenverarbeitungsverfahren gilt es, die zum Einsatz kommende Gerätetechnik an den organisatorischen und inhaltlichen Anforderungen der zu automatisierenden Aufgaben auszurichten. Daß es hierbei keine pauschalen Lösungsempfehlungen geben kann, liegt auf der Hand. Dennoch existieren einige globale Anhaltspunkte zur technologischen Ausgestaltung einer dezentralisierten Datenverarbeitung. wi

Mehr über dieses Thema auf Seite 78

Themen der letzten Hefte

Heft 11 / November 1991

Einnahmen der Gemeinden aus den Realsteuern
Wohnungsmieten
Bauüberhang 1990
Das LIS-Standardtabellen-Konzept

Heft 12 / Dezember 1991

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1991
Methoden zur Berechnung der Exportquote in der Schuhindustrie
Sozialhilfeempfänger 1980 und 1990

Heft 1 / Januar 1992

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik
System der Personalstatistiken
Haushalte und Familien
Langfristige regionale Entwicklung der Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz

Heft 2 / Februar 1992

Integriertes Konzept der Erwerbstätigenschätzung
Die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 1989 und 1990
Die freien Berufe in der amtlichen Statistik

Heft 3 / März 1992

Neues Konzept für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ihr Entgelt
Verdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich
Ehescheidungen 1950 bis 1991
Das Landesinformationssystem

Zeichenerklärungen

-	genau Null / nichts vorhanden	D	Durchschnitt
0	Zahl ungleich Null, aber kleiner als die Hälfte des Wertes der kleinsten ausgewiesenen Stelle	p	vorläufige Angabe
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigte Angabe
...	Angabe fällt später an	s	geschätzte Angabe
()	Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.